ES LEBE
DIE SOZIALE
REVOLUTION
ES LEBE DER FRIEDEN
DER VÖLKER

Hier entsorgt
der Senát von Berlin

deutsch-deutsche Geschichte

im Rahmen einer
Säuberungsaktion
gegen Andersdenkende

Sponsoring: Cewa-wisch-und-weg
Abwicklung: Black-out & Co KG

Protest

INTERIM


auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 229

25. Februar 1993



Denkmal...

es ist wohl weniger die "ans banale grenzende bildhauerische Sprache", die der Denkmalskommission des Senats so übel aufstieß, daß sie die Gedenktafel zur Novemberrevolution 1918/19 zu entsorgen vorschlägt (vergl. S31) als vielmehr die störende politische Grundaussage: soziale Revolution und sozialistische Republik - wenigstens als Idee - wach zu halten, passt nicht ins Hauptstadtimage. Zumal, wenn sie einen Steinwurf vom roten Rathaus entfernt an der Hauswand des neuen Marstalls groß und deutlich prangt.
Da es wieder mal nötig ist, wollen wir die,die es betrifft, daran erinnern, daß wir handschriftliche Texte in dieser Postille nicht abdrucken.

Inhalt

im Ordner:

Antifa Prag/Häuserräumung
Kurdistan Infos/AK Botan
SPD Kreuzbg. Einladung
Nicht zuviel theoretisieren...
Hungerstreik in Friedrichshafen
Transgene Valentinsgrüße
Rechtextremer Bombenanschlag in D'dorf
Pressemappe Solidaritätsgruppe Gunther/Mainz
Antifa Rendsburg

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Kritikpapier zur 1.Mai-Vorbereitung

Der bisherige Verlauf der Vorbereitungstreffen zur revolutionären 1.Mai-Demo ist für uns so unbefriedigend, daß wir mit einem ausführlichen Kritikpapier darauf reagieren wollen. Wenn unsere Kritik bei denen, an die sie gerichtet war, bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist, dann liegt das vielleicht auch daran, daß wir sie nicht deutlich genug geäußert haben. Wir möchten das Versäumte hiermit nachholen.

Wir sind in dieses Treffen mit der Absicht hineingegangen, uns auf eine offene Diskussion auch mit Gruppen einzulassen, die uns von ihrem theoretischen Verständnis und ihrer praktischen Politik fernstehen. Das schien uns die Möglichkeit zu geben, gegenüber den letzten 1.Mai-Demos, die wir als immer weniger inhaltlich bestimmt erlebt haben, zu einer besseren Vorbereitung zu kommen und auch Menschen außerhalb der engeren Szene die Teilnahme zu ermöglichen.

Nach drei Treffen haben wir jedoch einige Probleme mit dieser Vorbereitungsgruppe. Das Diskussionsverhalten ist meist auf Machtkämpfe ausgerichtet, in der Regel wird nicht miteinander sondern gegeneinander geredet, bis hin zu heftiger Polemik. Die Kompromißbereitschaft von einigen Seiten ist sehr gering. Stattdessen wurde versucht, Entscheidungen gegen Widerstände durchzudrücken und Stimmungsbilder zu Abstimmungen umzuinterpretieren. Das ist nach unserer Auffassung ein Vorgehen, daß sich nicht mit dem Versuch verträgt, so unterschiedliche zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinen. Würden wir auf diesem Treffen mit einem Begriff von Vereinheitlichung arbeiten, wie er von einigen gewünscht wird, so hieße das, daß wir zum einen die Widersprüche zwischen uns unter den Teppich kehren, zum anderen die Mehrheitslinie durchdrücken. Vereinheitlichung im großen Rahmen heißt auch (immer), von gleichen Voraussetzungen der unterschiedlichen Gruppen von Menschen (z.B. Frauen/Männer, Schwarze/Weiße) auszugehen, was dann wiederum, unsere Stellung (z.B. als weiße Deutsche) in den Machtgefügen leugnet und Rassismus/Patriarchat höchsten als Nebenwidersprüche auftauchen läßt.

Die VertreterInnen auf diesem Treffen repräsentieren dabei nur einen relativ engen Kreis von Gruppen. Mit dem Fehlen wichtiger Gruppen (v.a. Frauen/Lesben- und ImmigrantInnengruppen sowie Ost-Berliner Zusammenhänge) fand keine inhaltliche Auseinandersetzung statt, es wurde nur unter Techniks registriert.

Unter den beteiligten Gruppen dominiert eine einseitige Überbetonung der Lohnarbeitskämpfe. Das führt zu einer ständigen Tendenz, Rassismus und Patriarchat, statt sie als eigenständige Unterdrückungsformen anzuerkennen (in denen auch wir eine Rolle spielen), mehr als Nebenwidersprüche zu begreifen und für eine eher klassisch sozialistisch kon-zipierte Politik zu instrumentalisieren. Eine Tendenz, die ihren Vertretern z.T. nicht einmal auffiel. So wurde im Ernst als ein Motto "Frau geht voran!" vorgeschlagen. Um symbolisch den Antirassismus zu integrieren sollten - so ein anderer Vorschlag - die ImmigrantInnen als erster Block marschieren. Am stärksten aber äußerte sich die Funktionalisierungs-tendenz in der Unnachgiebigkeit, mit der die Demonstration auf einen Vorbeimarsch an der DGB-Kundgebung festgelegt werden sollte. Begründete Einwände wurden nicht zur Kenntnis genommen.

Wir befürchten, daß nach der symbolischen Betonung der Lohnarbeitskämpfe durch "Brückenschlag" zur DGB-Kundgebung die Demo auch inhaltlich in diese Richtung festgelegt werden soll. Das deutet sich für uns auch durch die ansatzweise geführte Diskussion in Richtung "Forderungskatalog" an. Revolutionäre Politik heißt für uns nicht nur, revolutionäre "Forderungen" in die Gesellschaft zu tragen, sondern in erster Linie, uns zu fragen, wie wir miteinander leben und umgehen wollen. Revolution ist für uns weniger eine (in weiter Ferne liegende) Umwälzung des Staates, sondern eine Lebenshaltung. In diesem Sinne soll für uns die revolutionäre 1.Mai-Demo die Utopie einer anderen Ge-sellschaft ausdrücken.

Für ein fruchtbares Zusammengehen in der 1.Mai-Vorbereitung müßten nach unserer Meinung die bisherigen Fehler überdacht werden und eine andere Form des Umgangs miteinander gefunden werden. Auch müßte die Vorbereitungs-gruppe noch deutlich breiter werden.

Statt Vereinheitlichung - Viele bunte Smarties!

Infoladen Omega und Weddinger autonome Zusammenhänge

8. März – internationaler Frauenkampftag



Widerstand war, ist und wird immer sein solange es noch Kapitalismus, Sexismus, Rassismus, Faschismus, Antisemitismus gibt!

Frauen waren und sind weltweit präsent im aktiven Widerstand gegen bestehende Machtstrukturen.
Schon seit 1910 gehen Frauen am Frauenkampftag in vielen Ländern auf die Straße, um die Vielfalt ihrer alltäglichen Kämpfe gegen globale und lokale Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse öffentlich zu machen und ihre Verbundenheit mit allen kämpfenden Frauen auszudrücken.

Der 8. März erinnert an die Beteiligung von Frauen in der Märzrevolution 1848 und an die Petrograder Textilarbeiterinnen, die mit ihrem Streik an der russischen Februarrevolution 1917 beteiligt waren. In deren Verlauf wurde der Zar gestürtzt, das Ende des Krieges und die wirtschaftliche und politische Umwälzung in Rußland eingeleitet.

Was Frauen vor uns erkämpft haben, macht heute einen Teil unserer Lebensrealität aus.
Und der Kampf geht weiter!

Gleichzeitig zieht es sich durch die ganze Geschichte, daß Frauen Ausbeutungsformen aktiv tragen und unterstützen, von ihnen profitieren oder sie stillschweigend tolerieren.

Frauenwiderstand richtet sich gegen rassistische, antisemitische, kapitalistische, patriarchale Ausbeutungsformen, die untrennbar ineinander verwoben die jeweilige Situation von Frauen ausmachen.

Dennoch haben Frauen vieles so verinnerlicht, daß sie die Normen und Werte "ihrer" Gesellschaft tagtäglich reproduzieren, weil sie sie für selbstverständlich halten.

Durchbrechen wir diesen Kreislauf!
Setzen wir uns mit unseren unterschiedlichen Positionen und Lebensbedingungen in diesem Machtgefüge auseinander. Organisieren wir uns!


Für eine revolutionär–feministische Perspektive !



Redebeiträge wird es geben zu:
- Frauenspezifische Fluchtgründe
- Zur Wohnungssituation von Frauen in Berlin
- Eine solidarische Auseinandersetzung mit der proletarischen Revolution und der Frauenbefreiung in der ehemaligen Sowjetunion
- Zur Situation von ausländischen Frauen im Knast


8. März –
internationaler
Frauenkampftag
sekis mart
enternasyonal kadin
mücadele günü
8th of march
international day of
womyn's struggle
♀-Demo
8. 3. 93 17:00
meeting point:
yes:
Treffpunkt:
Rosenthaler Platz
ralley:
son ve gösteri:
Abschlußkundgebung:
Rosa–Luxemburg–Platz

" Die Stärke der Nazis, ist die Dummheit der Linken !!! "



Alle schreien, man/frau sollten sich solidarisieren.
Mit wem denn und für wen?
Da gibt es so eine wilde Horde, die von Revolution spricht und eine Veränderung der Gesellschaft will, doch untereinander schaffen es diese Menschen nicht, ihre Ideale erstmal im Kleinem zu verwirklichen.
Die wenigen, die wissen was sie wollen, gehen bei diesem Tumult, der bei den Konkurrenzkämpfen untereinander entsteht, unter.
Ich halte nichts von Pseudo-Antifaschisten und Pseudo-Linken, die sich zu etwas bekennen, was sie nicht sind.
Es ist zwar klar, daß kein Mensch vollkommen ist, aber ebenso klar sollte sein, daß ein Mensch irgendwann unglaubwürdig wirkt, wenn er etwas propagiert aber absolut gegensätzlich lebt.

Warum soll sich ein Mensch mit linken Gruppen solidarisieren, wenn diese ihm nachher in den Rücken fallen, wie oft auf "Antifa"-Demos erlebt.
Politische Flüchtlinge dürfen sich nach Asylgesetz nicht politisch betätigen. Es sind also Ausnahmen, wenn Asylbewerber auf Demos mitlaufen. Doch es gibt eine Vielzahl von Schwachköpfen, die nur wegen der "Action" auf Demos gehen und somit die Menschen, um die es im Grunde doch geht, in unmittelbare Gefahr bringen, abgeschoben zu werden.

Schlimmer noch sehe ich das Verhalten der vielen anderen Mitdemonstranten an, die das ätzende Verhalten gleichgültig hinnehmen.

Wo bleibt die sogenannte "revolutionäre" 1.Mai-Demo?
Seit ich denken kann, findet diese immer wieder in Kreuzberg statt, wo doch die Menschen wohnen, die so schon auf unserer Seite stehen und nicht mehr überzeugt werden müssen.
Mittlerweile erweckt dieses nur noch den Eindruck, daß es sich hier um die erweiterte Form der "Wohnzimmerpolitik" handelt.

Auch bleibt es nur dabei, sich mit den Dummbullen zu kloppen und die Bonzen b.z.w. die "Großen", ungeschoren zu lassen. Von alleine kommen die Bonzen nicht zu den Bürgern, wir müßten diesen schon mal ein wenig entgegenkommen (Hausbesuche) und ähnliches.
"Doch der Weg zur nächsten Kneipe ist nach den Aktionen scheinbar zu weit."

Solidarität und Toleranz habe ich mir im Grunde auch etwas anders vorgestellt. Siehe die Vorurteile gegenüber den sogenannten Spießern.
Wer diesen Text liest und sich angegriffen fühlt, was nicht verwunderlich ist, sollte für sich mal klären, was er/sie politisch und gesellschaftlich erreichen will.
Mein Motiv wäre damit erreicht, Dich/Euch aus der Reserve zu locken und Selbstkritik an sich zu üben.

Ich fühle mich als farbige Frau, die linkspolitisch aufgewachsen ist, absolut allein gelassen in dieser Coolen Szene und bei dem Faschoscheiß, der Tag für Tag mein Leben bestimmt.
Für mich beginnt die Front wenn ich meine Wohnung verlasse. Es ist für mich kein Hobby mehr, gegen Faschismus zu kämpfen.

" Die Dummheit der Linken darf nicht weiter die Stärke der Rechten sein und schon gar nicht die Stärke der deutschen Kapitaldiktatur."

gegen Kamikaze (zum "Wolkenkuckukskern", Interim 226)

Der Text strotzt von Ungenauigkeiten. Einige greife ich hier an.
Die "Zersetzung von Ohnmacht" läßt sich nicht nur militant erreichen. Ohnmacht als subjektives Bewußtsein von Ohmacht erkannt läßt sich andern entweder durch Anpassung an zeitliche und körperliche Zwänge oder durch geistige Freiheit und entsprechendes Leben. Die erste Anpassung gehen leider die meisten ArbeiterInnen in BRD ein.
Diese meisten waren auch unsolidarisch mit allen militanten "Anti-Imps" seit 20 Jahren.
Wenn sich viele gehirngewaschen Privilegierte eine "befreite Gesellschaft" nicht vorstellen wollen, heißt das nicht, daß sie "unvorstellbar" ist.
Allenfalls "verwegene OptimistInnen [illegible]ner die Bezugnahme auf sozialrevolutionäre Prozesse". So abgehobene Phrasen ! Da (bei was eigentlich?) spielt nicht Optimismus keine Rolle, sondern Faulheit, die der Manipulation entgegenkommt, zusammen mit militärischer Ohnmacht im Trikont.
Es ist ungenau, von "weißen Politikvorstellungen" zu schreiben. Das hieße, Erfahrungen von Leuten bei denen vielleicht ein Gen übereinstimmt und soziologisch kaum etwas, in dasselbe Raster zu pressen.
"..die Bereitschaft, die privilegierten Positionen aufzugeben ist uns ein Ausdruck, sich zumindest in Momenten auf die richtige Seite zu stellen" :Es gibt keine zwei Seiten: legal oder illegal, Schwein oder Mensch, nur richtige Priorität.
Es ist eine Utopie möglich, in der wir privilegierte Positionen behalten können, in der die gesamte Erdbevölkerung diese Positionen hat. Diese These beruht auf dem Maß der momentan hauptsächlich von den Reichsten und Mächtigsten, aber auch von allen BürgerInnen der reicheren Länder verteilt falsch eingesetzten Kräfte, die anderen fehlen.
Der Spruch des Medizinmanns ist seltsames Kraftmystikgeprotze.Technik ist Teil der Natur !
"Die Bereitschaft, doch mindestens mehrere Jahre Knast zu riskieren, sehen wir als Konfrontation, die für uns zur Entwicklung einer revolutionären Identität dazugehört"
Der Staatsapparat stellt die Falle der falschen Militanz.
Wenn Leute zu Kamikazeleuten und Märtyrern werden,
wenn die in nützlichen Dingen steckende Arbeit durch Zerstörung zunichte gemacht wird und wenn Militanz nicht die wirkungsvollste Methode ist, den Lebenswillen von patriarchal, antiökologisch oder antisozial bedrohten Leuten zu schützen, ist Militanz falsch. Wirkung muß auch in Rücksicht auf sich selbst definiert werden. EinE KampferIn muß nicht soweit gehen, der Depp zu sein und für seine/ihre Ziele jahrelang im Knast hocken .
Autonome müssen nicht die Schuld anderer sozialzerstörender und ökologiezerstörender Menschen auf sich laden, jetzt sofort globale Gegenmacht von sich erwarten und dann langjährige Knaststrafen riskieren.
Erfolgloser Befreiungskampf gegen Haftstrafen und stark illegaler Kampf braucht sehr viel Kraft im Verhältnis zur gesellschaftlichen Verbesserung.
Wirkungsvoll ist Widerstand, wenn das Ziel erreicht wird, ohne daß neue Leute viele Jahre ihres Lebens dem Knastelend opfern müssen.
Wir sind in diese großteils asoziale, antiökologische und patriarchale Gesellschaft REINGEBOREN worden und wir müssen nicht unbedingt kamikazemäßig sehr schlechte Menschen erschießen.
Manchmal ist das nötig, wie vor 50 Jahren Nazis gekillt von alliierten Militärs oder Folterregimes in Südamerika von Guerilla angegriffen.
Hier und jetzt ist Kamikaze vermeidbar durch voll Power Krafteinsatz gegen Leute, die Kraft entgegen den bekannten Prioritäten einsetzen, wie weiter unten beschrieben, und aus Trotz.
Der Spruch des Medizinmanns ist seltsames Kraftmystikgeprotze.Technik ist Teil der Natur !

→

Das mit dem Reagieren: In BRD eine Frage des Bewußtseins.
Wer ein billiges Vorderrückseitgedankenmodell baut ist auch so. In BRD kannst du leichter anders sein. In Somalia schwerer, denn Hunger, Dürre, Krankheit, Familie, Krieg und patriarchale Männer zwingen Verhalten auf. Die BRD-Gesellschaft kann mehr sein als, IST aber das beschriebene "Geflecht", die "Brühe". Das liegt an Ausmaß und Ersatzcharakter der materiellen Bedürfnisse und z.B. an der Unfähigkeit zu teilen.
Das liegt am falschen Bewußtsein (Unbewußtsein eingeschlossen) aller BürgerInnen ! Die Somalia- Gesellschaft, Ex-Kolonie, ist stärker und anders "Brühe". Ökonomisch sind beide dieselbe Gesellschaft.
Auf welche "Analysen" stützt sich die weitere Spekulation ?
Bis jetzt haben wirkliche Revolutionen immer verbessert.
Utopien für dezentrale Machtverteilung gibts genug. Seite 15 bis 18 ist zum Großteil bekannt, wischiwaschi ins Leere formuliert, Spekulation. "Zurichtung und Entfremdung von oben".."soziales Unten","netzförmige Gesellschaft, Faden und Knoten, oben und unten",Blabla.
Dadurch daß zu stark und zu viel abstrahiert und verallgemeinert wird, verkommt der Text zum Großteil zu unnützer, falscher, ungenauer, von Problemen abgehobener Sprache. Die Reichsten sitzen nicht "über uns", sondern z.B.in Kronberg bei Frankfurt, in Starnberg bei München, am Tegernsee, in allen Städten,...
Der Kultusminister sitzt nicht im "sozialen Oben", sondern in seinem Büro!
Der Lügenreporter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist vielleicht dein Onkel. Diese Leute sind NEBEN uns, also angreifbar.
Ziel ist, die Fehler von Menschen, die die Utopie verhindern, zu beseitigen.
Alle Gefangenen wollen befreit werden.
Manche Leute in BRD versuchen sehr stark, mit viel Zeiteinsatz und spontan in jeder Situation, andere zum Kampf für global soziale Gerechtigkeit, Okologie und Antisexismus zu bringen, einige gehen dann und wann auf eine Demo und die meisten leben hauptsächlich asozial, patriarchal und antiökologisch.
Wer revolutionär ist, hat seine Utopie im Kopf und lebt sie soweit es geht. Das geht schwach illegal sehr weit, wut- und haßgeladen, mit Diskussionen, Kampagnen, Blockaden, Aktionen, verhaltensgestörtem, verrückten kindischen Benehmen. Wenn wir mehr werden wollen, müssen wir möglichst viel Kraft dafür einsetzen. In ausdauernden Diskussionen müssen wir möglichst viele Bekannte, Verwandte und sonstige Leute die falsch leben von Propaganda-und Faulheitslügen abbringen.

Ziviler Ungehorsam gegen Rassismus

MitarbeiterInnen der Berliner Ausländerbehörde dürften in den letzten Tagen und Wochen ziemlich ins Schwitzen geraten sein. Zahllose neue Akten mußten angelegt und alte Akten durchwühlt werden, auf der vergeblichen Suche nach bestimmten „AusländerInnen" und ihren Aktenzeichen. Der Behörde waren nämlich ungezählte Briefe zugegangen, in denen gar nicht existierende „AusländerInnen" diverse Anträge gestellt hatten.

Wir, eine Gruppe innerhalb des Berliner FrauenAktionsBündnisses gegen Rassismus, Antisemitismus und Frauenverachtung, bekennen uns zu dieser Aktion zivilen Ungehorsams. Bevor wir sie begannen, haben wir uns vergewissert, daß sie den dort verkehrenden „AusländerInnen" nicht schadet, wohl aber der Behörde. Wir werden unsere Briefaktion so lange fortsetzen und die für ihre organisatorische Unfähigkeit und Schlamperei berühmte Behörde damit an den Rand der Arbeitsunfähigkeit bringen, solange der strukturelle Rassismus in der Ausländerbehörde von Berlin und anderen Bundesländern fortgesetzt wird. Wir werden sie solange fortsetzen, solange auf der politischen und bürokratischen Ebene am Grundgesetz herumgesäbelt wird und Gesetzesinterpretationen verschärft werden, anstatt das Ausländerrecht und die Verwaltungspraxis zu liberalisieren.

Das FrauenAktionsBündnis hat sich nach den rassistischen Morden an den Möllner Türkinnen gegründet, weil ein gesellschaftliches Klima des Antirassismus und der Toleranz weit mehr braucht als Sonntagsreden von PolitikerInnen: nämlich das aktive Eingreifen jeder und jedes einzelnen. Eingreifen heißt aber auch, eine wichtige strukturelle Ursachen der Entstehung von Rassismus deutlich zu machen: die rechtliche Ausgrenzung von Millionen, die hierzulande zu „Ausländern" gemacht werden, obwohl viele von ihnen wie die Möllner Türkinnen seit Jahrzehnten hier leben und Steuern zahlen oder gar hier geboren wurden. Diese Ausgrenzung wird durch die vielerorts praktizierte diskriminierende Behandlung der „AusländerInnen" ergänzt, wobei sich hier vor allem die Berliner Ausländerbehörde einen Namen gemacht hat. Man möge uns ein einziges Amt nennen, das deutsches Klientel zu nächtelangem Stehen in langen Warteschlangen und klirrender Kälte zwingt — wie am Friedrich-Krause- und am Waterloo-Ufer — oder zu langen Fußmärschen durch unsicheres Gebiet — wie bei der Asylstelle in Hohenschönhausen.

Der große Vorteil unserer Aktion liegt dabei darin, daß sie völlig gewaltlos aber wirksam, risikolos aber subversiv, massenfreundlich aber nicht verwässerbar ist. Alle, die diese Ziele teilen, seien hiermit zum Mitmachen aufgerufen. Das Spiel heißt: Wir denken uns unsere AusländerInnen, mit denen wir dieses Land teilen wollen, selbst aus. Damit unsere Briefe aber nicht als Fälschung entdeckt, sondern zu einem ordentlichen Aktenvorgang verarbeitet werden, müssen Name und Adresse der angeblichen Absender echt klingen. Im Telefonbuch sind jede Menge Namensanregungen zu finden, auch die angegebene Straße sollte existieren und der Stadtteil — zum Beispiel Kreuzberg bei TürkInnen — halbwegs passend sein. Die Adresse für unser Schreiben — und Druckbuchstaben und falschem oder richtigem Deutsch auf Schreibmaschine, nur in seltenen Fällen auf Computer — lautet: Einwohneramt, Ausländerbehörde, Friedrich-Krause-Ufer 24, 1000 Berlin 61. Um noch mehr Echtheit zu suggerieren und Verwirrung zu stiften, geben wir das Aktenzeichen an, unter dem unsere AusländerInnen angeblich bei der Behörde geführt sind.

Und zwar nach folgendem Muster, daß sich komplizierter anhört, als es ist: Alle Anträge, die nicht Asyl- oder Abschiebungsangelegenheiten betreffen, sondern Aufenthaltsgenehmigungen, -erlaubnisse, -berechtigungen usw., gehen an die Abteilung IV A. Die dahinter stehende Ziffer von 12 bis 25 steht für die Anfangsbuchstaben unserer AusländerIn: 12 umfaßt A-Bq, 13 Bra-Ch, 14 Ci-Er, 15 Erk-Hor, 16 Hos-Köl, 21 Köm-Mes, 22 Met-Peq, 23 Per-Sen, 24 Seo-T, 25 U-Z. Danach kommt in eckiger Klammer Nachname, Vorname und Geburtsdatum unserer AusländerIn. Fehler beim Aktenzeichen schaden aber nichts, denn auch sie können die Verwirrung erhöhen. Beispiel: Frau Sevim Karabut schreibt an die Ausländerbehörde, Abteilung IV A 15 (Karabut, Sevim, 1.1.69), daß sie mit einem Besuchervisum gekommen ist, sich nun aber zum Bleiben entschlossen hat. Sie bittet die Behörde, ihr mitzuteilen, wann und mit welchen Papieren sie vorstellig werden soll. Übrigens ist sie wie viele TürkInnen am 1.1. geboren, weil es in den anatolischen Dörfern mit der Registrierung der Neugeborenen hapert.

Wenn wir allerdings als ausländische Studentin ein Aufenthaltsbewilligung beantragen, brauchen wir kein Aktenzeichen, wenn wir gerade ins Land gekommen sind. LateinamerikanerInnen zum Beispiel können ohne Visum drei Monate hierbleiben.

Wenn wir aber die Abschiebeabteilung ärgern wollen — erstens die schlimmste und zweitens die schlampigste Abteilung —, dann müssen wir an IV B 21 schreiben, dahinter wieder in Klammer Name und Geburtstag. Unter diesem Aktenzeichen bitten wir um Aufschub der bereits angedrohten Abschiebung, weil Frau XX schwanger geworden ist. Oder wir beantragen als Kurde eine Verlängerung der dreimonatigen Duldung.

Wenn wir jedoch Asylsuchende oder Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sind, wenden wir uns an die Abteilung IV B 33.

Viel Spaß!

AK 357

Vorermittlungen gegen Videoclip/ Autonome machen mobil

UD 18.2.93

Vorwurf: Mit Gewalt gegen Olympia

(ADN/ND). Gegen ein „Anti-Olympia-Video" ist ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden. Derzeit werde geprüft, ob „der Anfangsverdacht für eine Straftat gegeben ist", erklärte Justizsprecherin Uta Fölster am Mittwoch.

Der zehnminütige Proteststreifen war dem IOC bereits Ende Januar in Lausanne übergeben worden und soll demnächst an alle IOC-Mitglieder verschickt werden. Produziert wurde das Video von der „Antiolympia-Koordination", der Vertreter der Grünen/AL, der Grünen Liga, des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie mehrerer Bürgerinitiativen angehören.

Olympia-GmbH-Geschäftsführer Axel Nawrocki sagte im Rundfunk, das IOC reagiere auf derartige Proteste traditionell „mit Gelassenheit". Deshalb sehe er das Video als „wenig dramatisch" an.

Bündnis 90/ Grüne wies die Vorwürfe zurück, es handele sich um ein Video der Fraktion. Diese wolle vielmehr einen eigenen Film über die Folgen einer Pro-Olympia-Entscheidung herstellen, hieß es in einer Erklärung.

Inzwischen ist ein sogenanntes Strategie- und Aktionspapier Autonomer aufgetaucht, das offen zu gewalttätigen Aktionen gegen die Olympia-Bewerbung aufruft. Darin wird verschärfter Widerstand auf „militanter Ebene" – u.a. mittels Brandanschlägen und Angriffen auf IOC-Mitglieder – angekündigt.

Berl. Z. 23.2.93

Justiz kontra Olympia-Gegner

Umstrittener Film ist der Stein des Anstoßes

Die Staatsanwaltschaft hat gegen Gegner der Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 2000 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts versuchter Nötigung eingeleitet. Die Sprecherin der Senatsjustizverwaltung, Uta Fölster, informierte gestern darüber, daß das Verfahren im Zusammenhang mit dem umstrittenen Anti-Olympia-Video stehe.

Die Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Judith Demba, hatte den Streifen am 27. Januar dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) in Lausanne übergeben. Der Film mit Häuserruinen, Szenen der Olympiade von 1936 und einem verunstalteten Olympia-Bären sollte bei den IOC-Mitgliedern eine Abneigung gegen Berlin 2000 hervorrufen. Zu sehen ist außerdem eine vermummte Person mit einem nicht definierbaren Gegenstand in der Hand. Aus dem Hintergrund droht eine Stimme in englisch: „Wir werden auf Euch warten."

Das Video sollte in den kommenden Wochen an alle 91 IOC-Mitglieder verschickt werden. Uta Fölster teilte weiterhin mit, daß sich die Ermittlungen gegen eine „namentlich bekannte Beschuldigte" sowie gegen Unbekannt richten würden. Bei der „namentlich bekannten Beschuldigten" könnte es sich um Judith Demba handeln. Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne konnte das gestern nicht bestätigen. Von einem Ermittlungsverfahren sei Judith Demba nichts bekannt, erklärte ein Sprecher.

Als Parlamentarierin des Abgeordnetenhauses müßte ihre Immunität vom Parlament aufgehoben werden. Bislang sei aber noch kein diesbezüglicher Antrag der Staatsanwaltschaft im Abgeordnetenhaus eingegangen, teilte gestern Lutz-Rainer Düsing von der Pressestelle mit. **Hartmut Augustin**

Welche die auszogen, Flüchtlingsarbeit zu machen ?!

Einleitung

Dieses Papier steht am Ende einer Erfahrung, eines Versuchs, Flüchtlinge in einem Lager im Berliner Umland praktisch zu unterstützen. Über ein Jahr Erfahrung, die, an einem toten Punkt angekommen, an dem wir erst einmal nicht so weiter wollen wie bisher, wir hier versuchen darzustellen. Als eine Art Bilanz, auch Selbstverständigung, um die aufgetretenen Probleme und Schwächen klarer zu begreifen, und um diese Erfahrungen auch anderen Gruppen, die zur selben Zeit wie wir ins Umland gefahren sind oder sich das für die Zukunft überlegen, zugänglich zu machen. Als Eröffnung einer Diskussion unter UnterstützerInnengruppen über Herangehensweise, Art und Weise der Unterstützung, über die eigenen Erwartungen und Illusionen, über die Probleme, die nicht zu knacken waren. Mit dem Ziel, diese Erfahrungen in neue Ansätze einfließen zu lassen, haben sich die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in Brandenburg doch verschärft (Sozialhilfekürzungen, stärkere Kontrolle und Repression durch Wachschutz etc.). Auch in Hinblick auf die zukünftigen Sammellager, gegen die die bisherigen Formen von Unterstützung und Widerstand wohl schon am hohen Zwangsdurchlauf immer neuer Flüchtlingsgruppen und der Militarisierung des Lagers scheitern dürften.

Ursprüngliche Motive der Flüchtlingsunterstützung

Oktober 1991: Hoyerswerda war noch frisch, die erste Welle rassistischer Angriffe auf Flüchtlingsheime im Gange. Bei uns wie bei vielen war der Wille stark, uns den Faschos entgegenzustellen, unseren Schock über den Pogrom in Aktion umzusetzen. Einige GenossInnen stürzten sich in ein Engagement direkt mit Flüchtlingen, organisierten Unterschlupf für die aus Hoyerswerda Vertriebenen, besetzten zusammen mit ihnen eine Kirche, später eine Etage in der TU. Mit dem Gedanken im Kopf, "die selbstorganisierten Kämpfe der Flüchtlinge zu unterstützen", nahmen wir den ersten Kontakt mit einem Lager im Berliner Umland auf. Wir waren dabei nicht die einzigen: wir hörten von andere Gruppen, die ähnliche Initiativen ergriffen, was uns zusätzlich motivierte. Statt isoliertem, verbissenem Vor-sich-her-Wurschteln erwarteten wir gegenseitigen Austausch und Unterstützung der Gruppen, hatten aber auch Zweifel, auch und vor allem an uns selbst gerichtet, ob denn diese "Bewegung" nicht eine weitere vorübergehende Kampagne wäre.

Das Selbstverständnis als "UnterstützerInnen" ließ uns von vornherein zu Vorstellungen einer Stellvertreterpolitik auf Distanz gehen. Uns ging es um Unterstützung von zwei Seiten des Kampfes der Flüchtlinge: des Widerstands der Flüchtlinge gegen Nazi-Angriffe und ihres Kampfes für bessere Lebensbedingungen.

Erste Kontaktaufnahme

Der erste Kontakt war gar nicht so leicht. Wie sprechen wir sie an, wie stellen wir uns vor? Die anfängliche gegenseitige Fremdheit löste sich schnell, als die Flüchtlinge mitbekamen, daß wir uns für sie und ihre Situation interessierten, was ihnen bis dahin noch nicht vorgekommen war - an sich schon sehr bezeichnend für ihre Situation. Wir stellten uns als AntifaschistInnen vor. Uns mit unserer ganzen "politischen Identität" vorzustellen, erschien uns schwierig, z.B. zu erklären ,daß wir zu keiner Partei o.ä. gehören, aber gegen Faschisten und staatlichen Rassismus sind.

Und Erfahrungen mit Faschos hatten sie: der letzte Angriff lag erst einen Monat zurück, ein Algerier hatte sich dabei wehren wollen und war rausge-

rannt, und angegriffen worden. Die anderen waren verängstigt, auch noch einen Monat später. Auch in der Kreisstadt, auf dem Weg zum Sozialamt oder nach Berlin, wurden sie angepöbelt und bedroht, immer wieder. Solche Erfahrungen waren ein durchgängiges Thema, das ganze Jahr. Von einer Selbstorganisierung der Verteidigung des Heims, auf die hin wir sie oft ansprachen, war allerdings nicht viel zu sehen. Mit der alltäglichen Bedrohung durch Faschos gingen sie recht vereinzelt um, so unser Eindruck. Bei drohenden Fascho-Mobilisierungen, wie am 20. April, stellten wir ihnen ein Alarmsystem zu Verfügung, um im Notfall Schutz mobilisieren zu können, an dem sich dann aber alle Flüchtlinge beteiligt haben.

Ein zweiter Punkt unserer Zusammenarbeit war die Organisation von Rechtsberatung, also Fahrten nach Berlin zu Asylberatungsstellen, individuelle Hilfe bei Problemen von einzelnen mit ihrem Asylverfahren oder mit Umverteilungsverfahren. Diese Arbeit war für sie von ganz praktischem Nutzen, stellte aber für uns einen großen organisatorischen Aufwand dar, auch weil die Unterstützung meist individuell war und sie keine kollektive Wissensweitergabe oder gegenseitige Unterstützung organisierten.

Soziale Forderungen zentral

Am dringlichsten waren ihnen die materiellen Probleme ihrer Bedingungen im Lager: nur 90 DM Taschengeld im Monat, der Rest wurde von der Heimleitung für einen Kantinenfraß einbehalten, der den kulturellen und geschmacklichen Bedürfnissen der meisten widersprach; Isolation im Wald, sehr schlechte Verkehrsverbindungen, kein Telefon. Auch erzählten sie, daß sie sich schon gegen die Mißstände gewehrt hätten, sich geweigert hätten, aus dem Bus, der sie in den Wald verfrachtete, auszusteigen, mehrere Tage das Kantinenessen verweigert hätten, einmal hätte einer einen Teil der Einrichtung zerstört. Die Heimleitung habe ihnen falsche Versprechungen gemacht und sie betrogen, überhaupt trauten sie dem Heimleiter jede Schweinerei zu. Ein Teil der Flüchtlinge legte auch in Abgrenzung gegenüber anderen HeimbewohnerInnen großen Wert auf ihre politischen Fluchtgründe, mit denen sie ihre materiellen Forderungen legitimierten. Sie vollzogen damit die staatliche Unterteilung in "berechtigte" politische und "unberechtigte" wirtschaftliche Fluchtgründe, während wir davon ausgingen, daß selbstverständlich alle Flüchtlinge einen legitimen Anspruch auf den "Reichtum der Metropolen" hätten.

Kommunikationsverhältnisse

Die Kontakte waren von Anfang an auf einige einzelne beschränkt: ein Angolaner, der Portugiesisch, ein Pakistiani, der Englisch, und einer der Rumänen, der Deutsch sprach. Wegen der Sprachbarrieren kam die Kommunikation mit anderen nicht über freundliches Grüßen hinaus. Wir hatten erwartet und gefordert, daß diese Kontaktpersonen Informationen an ihre Sprachgruppen weitervermitteln würden, daß die Flüchtlinge untereinander beraten würden, wie sie ihre Unzufriedenheit in Aktion umsetzen könnten - wie etwa auf Plena. Doch merkten wir schnell, daß es solche Kommunikationsstrukturen unter ihnen nicht gab, daß "Diskussionen" unter den Flüchtlingen einfach ausblieben.

Wie sich die Flüchtlinge engagierten

Die ersten Enttäuschungen setzen bei uns ein: wir wunderten uns, daß sie zwar uns gegenüber ihre Unzufriedenheit heftig artikulierten, aber nicht zum Handeln kamen, viele der Rumänen sich sogar auffällig interessenlos und passiv zeigten. Die Initiative eines Forderungskatalogs an das zuständige Sozialamt im Januar 1992 ging daher weniger von den LagerbewohnerInnen als von uns aus, in Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, die zu jener Zeit schon nicht mehr im Lager lebten, sondern an der Besetzung der TU teilnahmen, und entsprechend wenig bei den Flüchtlingen im Lager verankert waren.

Wir waren über unsere vorantreibende Rolle nicht glücklich, hatten wir uns eine Unterstützung doch eher so vorgestellt, daß wir unsere Infrastruktur und unser Wissen über die Funktionsweise von deutscher Verwaltung und "Öffentlichkeit" ihrem Kampf zu Verfügung stellen würden: Demos organisieren, auf der sie Raum zur Artikulation ihrer Forderungen hatten, Flugblätter und Leserbriefe schreiben, Kontakte etwa mit Kirche und Presse vermitteln.

Eine Versammlung der Flüchtlinge zu dem Thema der Forderungen lief so ab, daß einer der TU-Flüchtlinge eine flammende Rede hielt, in der er dem Heimleiter mit dem Abfackeln des ganzen Lagers drohte, der Rest schweigend dasaß und am Ende die Petition unterschrieb. Keiner jedoch "engagierte" sich für die Durchsetzung der Forderungen - wir rätselten warum. Mehrere Ursachen kamen zusammen:

Zusammensetzung der Flüchtlinge

Zum einen versuchten einige der politisch Aktiveren ihre individuelle Situation zu verbessern, indem sie der Öde des abgelegenen Lagers entflohen, zu Verwandten oder Bekannten in Berlin, zur besetzen TU oder über Umverteilungsverfahren in "bessere" Lager. Sehr verständlich, doch schwächte das zugleich die Handlungsfähigkeit der im Lager Gebliebenen.

Zum anderen zeigten die miserablen Bedingungen Wirkung: mehr und mehr verloren selbst die Aktiveren, mit denen wir in Kontakt standen, den Mut, mehr und mehr wurden sie zermürbt angesichts einer Situtation, in der sie zu leerem Nichtstun verdammt waren, ständig in Unsicherheit gehalten, ob sie nicht bald abgeschoben würden, ihre anfänglichen Erwartungen, in Deutschland ein selbständiges Einkommen durch Arbeit zu bekommen, mehr und mehr zerschlagen. Manche fingen an zu bereuen, hierher gekommen zu sein, wir hörten von Rumänen, die nach Rumänien zurückfuhren, weil sie ihre Angehörigen unterstützen mußten oder eine Ausweisungsaufforderung erhalten hatten.

Wunschbild der kämpferischen Flüchtlinge

Drittens verkannten wir anfänglich die Unterschiedlichkeit der Flüchtlinge. Wir hatten das vage Wunschbild von ihnen, daß sie aufgrund der gemeinsam geteilten schlechten Lage vorrangig gemeinsame Interessen haben müßten, entsprechend gemeinsam handlungsfähig werden könnten. Wir hatten einen undifferenzierten, fiktiven Begriff von Flüchtlingen: sie würden sich aus ihrer rassistisch bedingten schlechten Lage zu politisch Handelnden entwickeln, würden anfangen, kollektiv gegen die vom Staat verantworteten Bedingungen zu kämpfen und sich darüber politisieren.

Probleme der Flüchtlinge untereinander

Bei einer größeren zusammenhängenden Gruppe im Lager wurde dies besonders deutlich. Hauptsächlich mit Aktivitäten zum Gelderwerb beschäftigt, interessierten sie die Probleme im Lager wenig. Im Gegenteil. Sie konnten gar kein Interesse haben, daß andere bzw. die Öffentlichkeit viel von ihren Aktivitäten mitbekamen. Da sie mehr Geld als andere Flüchtlinge hatten, konnten sie sich als einzige Autos kaufen. Von den anderen verlangten sie Geld für die Mitnahme zur Kreisstadt. 5,- bzw. 10,- DM direkt nach Auszahlung des Taschengeldes. Warum hätten sie mit den anderen um die Einrichtung einer kostenlosen Beförderungsmöglichkeit streiken sollen? Weiter: auf den Kantinenfraß waren sie nicht angewiesen, konnten sie sich doch eine Selbstverpflegung leisten, die anderen Flüchtlinge nicht. Einmal sei es zu einer Schlägerei zwischen rivalisierenden Mitgliedern der Gruppe gekommen, da eine Fraktion mit der

Beute habe durchbrennen wollen, die andere Fraktion habe dies entdeckt, habe dann Verstärkung aus einem anderen Lager gerufen, die bewaffnet angerückt seien.

Ende Juni ereignete sich 1992 für uns völlig überraschend eine organisierte Essensverweigerung. Die Aktion hatte das alte Ziel: Durchsetzung der Forderungen nach Barzahlung der Sozialhilfe und eigene Kochmöglichkeiten. Sie wurde organisiert von drei Flüchtlingen, die nicht zur Gruppierung der oben beschriebenen Gruppe gehörten. Diese Gruppe nahm dennoch daran teil, dem ersten Anschein nach ein Widerspruch zu ihrer oben beschriebenen Interessenlage. Doch in Wirklichkeit hatten sie nichts gegen die Erfüllung der Forderungen, denn zusätzliches Geld war ihnen mehr wert als der Kantinenfraß, auf den sie sowieso nicht angewiesen waren. So wurde ein Teil der Forderungen seit Anfang September erfüllt: alle zwei Wochen Auszahlung der Sozialhilfe in bar, eigene Kochmöglichkeiten. Telefon und Bus gibt es nach wie vor nicht.

Unabhängig von der Frage, was von dieser Form der Geldbeschaffung zu halten ist, hatte sie in diesem konkreten Fall Auswirkungen auf die Interessenlage und auf die Fähigkeit, sich solidarisch und egalitär zu organisieren und für gemeinsame Interessen zu kämpfen. Die Organisationsform dieser Gruppe kollidierte nicht nur mit unseren eigenen idealistischen Erwartungen, auch mit der der politisierten Flüchtlinge, die über das unsolidarische Verhalten, das Betrügen und Beklauen anderer Flüchtlinge wütend waren, aber sich ohnmächtig und eingeschüchtert fühlten, denn sie konnten ihnen aufgrund fehlender eigener Organisationsstärke nichts entgegensetzen. Die Solidarität endete am Rand der eigenen Gruppe - im Inneren unterstützen sie einander, nach außen verhielten sie sich gruppenegoistisch und wurden selbst zu Ausbeutern.

Einen Umgang mit dieser Frage schafften wir nicht. Die Thematisierung der "Kriminalität" von Flüchtlingen unterliegt bei uns einem Tabu, ist sie doch eng mit dem rassistischen Vorurteil verknüpft, und es bestand die Befürchtung, die Thematisierung dieser Realität könnte zur Bestätigung des Vorurteils benutzt werden, was außerhalb unserer Kontrolle geschehen könnte. Auf einer anderen Ebene wollten wir uns nicht in die Konflikte zwischen den Flüchtlingen hineinziehen lassen, nicht die Rolle von VermittlerInnen und SchlichterInnen einnehmen, aber die Flüchtlinge selbst konnten ihre eigenen Konflikte auch nicht lösen. Letztendlich erzeugte unser Wissen darüber eine größere Distanz zu bestimmten Flüchtlingen, eine Aufgabe der Vorstellung, alle ohne Unterschied unterstützen zu wollen.

Umgang mit Sexismus

Fast alle Flüchtlinge, zu denen wir einen Kontakt aufbauen konnten, waren Männer. Die Frauen waren in dem Heim deutlich in der Minderzahl und größtenteils mit ihren Familien da, viele der Männer alleinstehend oder zumindest ohne ihre Familien nach Deutschland gekommen. Die Kommunikationsprobleme mit den Frauen waren groß, da kaum eine von ihnen die uns geläufigen Fremdsprachen sprach und wir viele von ihnen kaum zu Gesicht bekamen, da sie sich um die Kinder kümmern mußten oder in den Zimmern waren. Es gab einige wenige Kontakte zu Frauen, aber die Männer waren meist diejenigen, die Zeit hatten und problemloser mit uns reden konnten.

Pornobildern einiger Männer an ihren Spinden und sexistische Anmache bei gemeinsamen Feten führten zu Diskussionen unter uns, hatte aber keine Konsequenzen gegnüber ihnen. Wir zeigten zwar unsere Verärgerung, aber eine genauere Diskussion scheiterte am Sprachproblem einerseits und an unserer Übervorsicht [anderer Umgang mit ausländischen Sexisten wie mit deutschen?] andererseits. Um die Ziele unserer Unterstützung (Verbesserung der Lebensbedingungen und Kampf gegen Nazis) und den enstehenden Kontakt nicht zu gefährden, behandelten wir, ohne uns bewußt dafür entschieden zu haben, sexistisches Verhalten in der Praxis als Nebenwiderspruch. Es blieb bei Mißbilligung und innerer Distanz. Die nötige Auseinandersetzung wurde verschoben auf "irgendwann, wenn wir mehr Vertrauen zueinander haben ...". Als eine Flüchtlingsfrau behauptete, daß es zwei Vergewaltigungsversuche gegeben hätte, trauten wir den Männern, die sie benannt hatte, ein solches Verhalten durchaus zu. Wir versuchten herauszufinden, was gewesen war und wollten in der Konsequenz diesen Männern dann vermitteln, warum wir mit ihnen nichts mehr machen wollten. Letztendlich stellte sich heraus, daß es die Vergewaltigungsversuche nicht gegeben hatte, was die begonnene Diskussion, die sich auch eher darauf beschränkt hatte, herauszufinden, was nun gewesen war, abbrechen ließ. Insgesamt haben wir keinen wirklichen Umgang mit dem vorhandenen Sexismus und dem schrägen Frauenbild einiger Männer dort gefunden, sondern nur was gesagt, wenn es sich absolut zugespitzt hatte. Gerade von uns Frauen in der Gruppe war es das Wissen darum, daß wir mit ganz vielen von den Männern dort nichts mehr machen wollten, wenn wir sie genauer nach ihrer Meinung über Frauen und Feminismus fragen würden.





Presseerklärung

Gegen Lager, Abschiebung und Sondergesetze! Fight racism!

Ende Januar/Anfang Februar werden in verschiedenen Städten Protestaktionen gegen die rassistische und sexistische Flüchtlingspolitik der BRD stattfinden. Dies ist der Auftakt eines bundesweit koordinierten Widerstandes gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern sowie gegen jede Form von Zwangsunterbringung,gegen Aussonderung und Sonderbehandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen, gegen die massenhaft geplanten und schon laufenden Abschiebungen sowie gegen die Gesamtheit der menschenunwürdigen Lebensbedingungen denen Flüchtlinge nicht erst seit heute unterworfen sind.

Seit dem Anwerbestop 1973 ist das Asylrecht der einzige legale Weg für eine Einwanderung in die BRD. Für Frauen ist selbst dieser Weg meistens verbaut. Angesichts weltweit steigender Flucht- und Wanderungsbewegungen ist für die von Staat und Wirtschaft gewünschte Steuerung (das heißt, Kontrolle und Selektion) der Migration nach dem Kriterium der Verwertbarkeit das Asylrecht unbrauchbar.

Der vor allem nach den Morden von Mölln gesellschaftlich breit artikulierte Wunsch, die unmittelbare physische Gewalt zu unterbinden, bot den VertreterInnen von Staat und Wirtschaft die Gelegenheit, sich einen "antirassistischen Anstrich" zu geben. Dabei geriet der rassistische Charakter der staatlichen Flüchtlingspolitik weitgehend aus dem Blick. Die faktische Abschaffung des Asylrechts wird im Schatten der Lichterketten beschlossen.

Schon in der Fassung des Asylverfahrensgesetzes (§ 23 und 55) vom 1.7.1992 ist die Unterbringung von Flüchtlingen in großen, kontrollierten Lagern vorgesehen. Hinzu kommt die angestrebte Verkürzung des Asylverfahrens auf 6 Wochen für die "offensichtlich unbegründeten" Fälle. Der Stand der Umsetzung variiert in den einzelnen Bundesländern (noch), es zeichnet sich aber eine klare Linie ab. Das Konzept "Unterbringung als Abschreckung" wurde schon Anfang der 80er Jahre von Lothar Späth klar formuliert:"Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Würtemberg, dort müßt ihr ins Lager."

Ein Zustand der Belagerung, Kontrolle und Entrechtung prägt den Alltag der Flüchtlinge, den der Frauen noch mehr als der Männer:

- der permanente staatliche Zugriff, polizeiliche Repression und Razzien,
- die bewußte Isolierung und Abschottung durch Stacheldrahtumzäunung, Lagerausweise, Meldepflicht im Lager, Ein- und Ausgangskontrollen von BewohnerInnen und BesucherInnen sowie Besuchsverbote,
- mangelhafte Ernährung: "Daß man in den Sammellagern nicht die Voraussetzung für eigene Nahrungsmittelbeschaffung und Zubereitung ermöglicht, stellt wohl eine gezielte Verweigerung eines der stärksten Bedürfnisse der Menschen dar. Dies kommt verordnetem Hunger bedenklich nahe und ist besonders verwerflich." (Dr. Vorbrodt, 1989, Zitat in ID Asyl 57/92),
- völlig unzureichende Gesundheitsversorgung unter Bedingungen, die zum Teil akut gesundheitsgefährdend sind und zu schwerwiegenden psychischen und psychosomatischen Beeinträchtigungen führen,
- für Frauen zusätzlich sexuelle psychische und körperliche Gewalt durch Personal und männliche Flüchtlinge,
- katastrophale Bedingungen für Kinder.

Nach dem Asylkompromiß ist es denkbar, daß die Sammellager zu Internierungs- bzw. Abschiebelagern für Illegale umfunktioniert werden. Dies bedeutet die komplette Demontage von grundlegenden Menschenrechten.

Die Lagerunterbringung erfüllt eine weitere zentrale gesellschaftliche Funktion. Nicht die Asyldebatte alleine, sondern auch die Zur-Schau-Stellung der Flüchtlinge als "Masse" in großen Unterkünften unterstützt in entscheidenem Maße die rassistischen Angriffe. "Die Lager erscheinen als der vorletzte Schritt der Psycho-Logik totalitärer Ausgrenzung, der letzte Schritt wäre das Pogrom." (A. Söller, Zentrum für Antisemitismusforschung, FR, 6.8.86).


Die vorgesehene Kürzung der Sozialhilfe um 25%, gekoppelt mit der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen untergräbt die Existenzgrundlagen der Flüchtlinge zusätzlich. An Ihnen wird exemplarisch der geplante umfassende "Sozialstaatsumbau" vollzogen. Sozial- und Arbeitslosenhilfekürzungen, weitere Einsparungen im Gesundheitswesen, Wohnungsnot und massive Lohnabwertungen markieren ein Projekt der Deregulierung, welches vor allem jene trifft, die dem kapitalistischen Verwertungs- und Leistungsprinzip nicht oder nur ungenügend entsprechen. Außer den Flüchtlingen sind dies Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlose, Alte, Kranke und Behinderte (gegen die schon seit längerem im Rahmen der Euthanasiedebatte öffentlich gehetzt wird und die seit kurzem auch den Angriffen von Faschisten ausgesetzt sind).

Unsere Forderungen lauten:
- Schluß mit den Sondergesetzen und -maßnahmen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen!
- Menschenwürdiges Wohnen für Alle!
- keine Sozialhilfekürzungen und keine Umstellungen auf Sachleistungen!
- eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen!
- keine Schnellverfahren - keine Lager!
- **Bleiberecht für alle und offene Grenzen!**

ErstunterstützerInnen dieses Aufrufs:

Antirassistisches Telefon, Hamburg • Frauengruppe gegen Rassismus und Sexismus, Hamburg • Anti-Rassismus-Büro (ARAB), Bremen • Antirassismusplenum, Göttingen • Initiative Pro Roma, Hagen • Aktionsbündnis gegen Rassismus, Nürnberg • Antifaplenum, Nürnberg • Info Büro, Nürnberg • Antirassismusgruppe, Würzburg • Komitee gegen Bezirkssammelstellen (KGB), Tübingen/Reutlingen • Antifa Freiburg • Gruppe Rehlingstraße, Freiburg • Gruppe gegen Rassismus, Dortmund • Anti-Lager-Plenum, Köln • Antirassistische Gruppe, Bonn • Basta Gruppe, Hanau • AG für Freies Fluten, Hanau • Donnerstagskreis gegen Rassismus, Berlin • Bremen • Bremer Aufruf gegen Abschiebung • Bremer Kampagne gegen Lagerunterbringung von Flüchtlingen • Kurdische Solidarische Hilfe e.V. Bremen • DIDF Bremen e.V. • Kampagne für Menschenrechte auf Sri Lanka e.V. Bremen • Internationales Cafe Bremen •

FolgeunterstützerInnen: G.E.B. Bremen (türk.Jugendhaus) • Werderfans gegen Rechts •



Anti-Rassismus-Büro Bremen

Tel. (0421) 706 444

Fax (0421) 706 445

Datum 08.02.1993

Die "**Bundeskoordination gegen Flüchtlingslager, Aussonderung und Abschiebungen**" hat eine Dokumentation erstellt, die ab sofort beim Anti-Rassismus-Büro Bremen bestellt werden kann.

Diese Broschüre ist das Gemeinschaftsprodukt aller daran beteiligten Gruppen. Sie dokumentiert den aktuellen Stand der Umsetzung des AsylVfG, insbesondere die Bedingungen und Arbeiten in den "Zentrale Anlaufstellen" genannten Flüchtlings-Sammellagern und beschreibt deshalb den Ausgangspunkt für eine "Bundeskoordination gegen Flüchtlingslager, Aussonderung und Abschiebungen". Einige Gruppen waren bereits seit den Hetzkampagnen 1985 aktiv, andere wurden erst zwischen dem neuen AusländerInnengesetz 1990 und dem "Rostock-Schock" 1992 gegründet.

Seit Herbst 1991 fanden verschiedene bundesweite Treffen von antirassistischen und Flüchtlingsgruppen statt. Ungeachtet der politischen Differenzen sind alle Gruppen unmittelbar mit der Rechtssituation und den Lebensbedingungen von Flüchtlingen befasst und sehr dicht an dieser Situation dran.

Mit der Verabschiedung des neuen AsylVfG haben die rigiden Verordnungen und die Entrechtung eine Systematik angenommen, die nur noch als bewußte und eklatante Mißachtung der Menschenrechte bezeichnet werden kann. Mit der ganzen, hinter scheinheiligen Paragraphen verborgenen Gewalt wurde eine nationalistisch und rassistisch begründete Staffelung der Grundrechte vorgenommen, die schlimmste Befüchtungen bestätigt.

Im Sommer diesen Jahres werden schätzungsweise 40.000 Flüchtlinge in ca. 40 Sammellagern und größenordnungsmäßig weitere 300.000 in Sammelunterkünften einsitzen, sieben mal mehr als rechtskräftig Verurteilte! Von 400.000 angehäuften Verfahren werden bei Anerkennungsquoten von max. 10% 360.000 mit einer Ablehnung/Ausreise/Abschiebung enden. Von den dieses Jahr zu erwartenden Flüchtlingen werden weitere 270.000 abgeschoben, deportiert in die Elends- und Hungerzonen aller Himmelsrichtungen.

Lager sind das administrative Instrument beschleunigter Verfahren und Schnellabschiebungen, sie stehen im Zentrum dieser Politik. Im Folgenden geben wir einen Einblick in deren Wirkung und Grausamkeit.

Da dies jedoch nur eine Seite der Medaille, die Schattenseite, darstellt, beabsichtigen wir einen zweiten Teil mit dem Arbeitstitel "Flüchtlingswiderstand" herauszubringen. Zu diesem Vorhaben bitten wir, Material an die Bestell-Adresse zu schicken.

INHALT

BESTELLADRESSE
Anti-Rassismus-Büro
Sielwall 38 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 706444
Fax (0421) 706445

Preise:

Einzelpreis	5,00
ab 5 Expl.	4,00
ab 10 Expl.	3,50
ab 25 Expl.	3,00
	+ Porto

Überweisung bitte im voraus an:
Weidner, Anti-Rassismus-Buro
Konto 110 807 69, bei der
Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01
Stichwort: "Lagerdoku"

Glossar

Abschiebung: Zwangsweise ... Herkunftsland.

Abschiebehaft: Inhaftierung, um ... stellen, daß ein Flüchtling sich der A... bung nicht durch Untertauchen entzieht ... schiebehaft kann präventiv, also auch ohne konkreten Verdacht, angewandt werden.

Abschiebehindernisse: Humanitäre (z.B. Gefahr der Folter) oder praktische Gründe (z.B. Verlust des Paßes), die einer Abschiebung entgegenstehen.

Aids-Test: Gemäß dem neuen AsylVfG sind Zwangs-AIDS-Tests an AsylantragstellerInnen erlaubt. In Bayern wird dies durchgeführt.

Altfälle: Asylanträge, welche vor dem 1.7.92 (-> AsylVfG) gestellt wurden bzw. bislang ...bearbeitete Asylanträge

DPWV: Deutscher Paritätischer ... verband

DRK: Deutsches Rotes Kreuz

Duldung: Flüchtlinge, deren Asylantr... endgültig abgelehnt wurden und die wegen dem Vorliegen von -> Abschiebehindernissen nicht abgeschoben werden können, erhalten ...

Schlepper: Abwertender Ausdruck ... ->FluchthelferInnen

SchnellentscheiderInnen: Angeste... Bundesamtes, die über die Asylan... scheiden. Sie führen in der Reg... ->Anhörungen durch. Die Bez...

Magdeburg

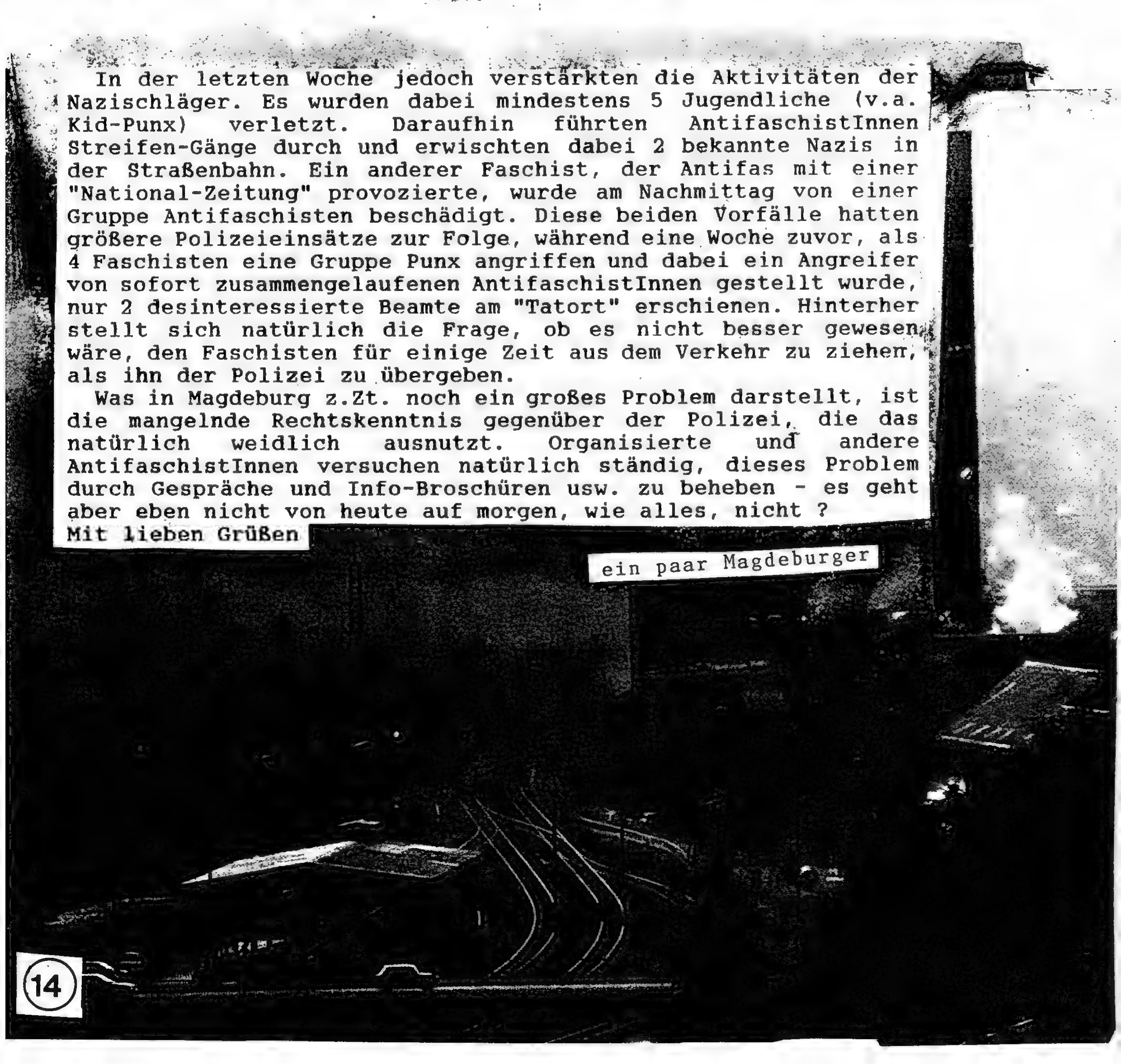
Seit einigen Wochen häufen sich wieder die Auseinandersetzungen zwischen Nazis und AntifaschistInnen in Magdeburg.Der Widerstand der AntifaschistInnen hat sich aber - verglichen mit der Situation vor etwa 1 Jahr - deutlich vergrößert. Streifengänge im Stadtviertel, Angriffe auf Nazis in "ihren" Stadtteilen, kleinere Aktionen gegen Buchläden, die Naziliteratur vertreiben u.ä. fanden statt und lenkten/lenken natürlich auch das Interesse der Bullen auf die AktivistInnen. So gab es in letzter Zeit häufiger Vorladungen wg. seltsamer Vorwürfe (Volksverhetzung u.ä.) und schon 2 Hausbesuche von 10-30 PolizistInnen in einem überwiegend von Linken bewohnten Haus, daß sie wohl unter sich als "TerroristInnen-Hort" handeln. Außerdem haben Demonstrationen zu Silvio's Tod und den Morden von Mölln der Stadt und den Nazis gezeigt, daß es auch in Magdeburg eine große Zahl von Menschen gibt, die sich dem Nazi-Terror entgegenstellen wollen und es auch tun. So gab es eine (Fast-)Spontandemo mit 300 TeilnehmerInnen und andere Aktivitäten, wie z.B. die Aktionstage "Gegen das Vergessen und das Wegschauen" zum 30. Januar, weil die von einem breiten Bündnis vor allem linker Gruppen vorbereitet wurden.

In der letzten Woche jedoch verstärkten die Aktivitäten der Naziscläger. Es wurden dabei mindestens 5 Jugendliche (v.a. Kid-Punx) verletzt. Daraufhin führten AntifaschistInnen Streifen-Gänge durch und erwischten dabei 2 bekannte Nazis in der Straßenbahn. Ein anderer Faschist, der Antifas mit einer "National-Zeitung" provozierte, wurde am Nachmittag von einer Gruppe Antifaschisten beschädigt. Diese beiden Vorfälle hatten größere Polizeieinsätze zur Folge, während eine Woche zuvor, als 4 Faschisten eine Gruppe Punx angriffen und dabei ein Angreifer von sofort zusammengelaufenen AntifaschistInnen gestellt wurde, nur 2 desinteressierte Beamte am "Tatort" erschienen. Hinterher stellt sich natürlich die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, den Faschisten für einige Zeit aus dem Verkehr zu ziehen, als ihn der Polizei zu übergeben.

Was in Magdeburg z.Zt. noch ein großes Problem darstellt, ist die mangelnde Rechtskenntnis gegenüber der Polizei, die das natürlich weidlich ausnutzt. Organisierte und andere AntifaschistInnen versuchen natürlich ständig, dieses Problem durch Gespräche und Info-Broschüren usw. zu beheben - es geht aber eben nicht von heute auf morgen, wie alles, nicht ?

Mit lieben Grüßen

ein paar Magdeburger



Antwort auf die Zettelknecht-Thesen (Interim Nr. 227)

Die Thesen bieten endlich Gelegenheit zur längst überfälligen Debatte über die Aufgaben, die sich der revolutionären Bewegung heute stellen. Ich glaube, so war der Text auch gemeint und ich will mit meiner Kritik zur Klärung der angesprochenen Fragen beitragen - vielleicht wird dann unsere Praxis wirkungsvoller sein, als sie es bisher war.
Ich finde es gut und richtig, wenn die revolutionäre Bewegung als eine emanzipatorische bezeichnet wird. Umso besser ist es, wenn sich dieser Anspruch z.B. in der angestrebten Art, gemeinsam zu lernen indem allen, die daran Interesse haben, die Teilhabe am Wissen ermöglicht wird, wiederfindet.
Solange diese Teilhabe tatsächlich gewährleistet ist, besteht auch kein Grund, die eigene Ansicht nicht für wahr zu halten. Der "Wahrheitsanspruch" einer Seite ist nicht der Mangel in der bisherigen Debatte, sondern fehlende Bereitschaft, das bessere, stichhaltigere Argument gegen sich gelten zu lassen, den eigenen Standpunkt zugunsten des besser durchdachten aufzugeben. Wer das bessere Argument hat, darf sich nicht, als "Eigentümer" aufspielen, der den anderen großzügig die Benutzung "seiner" Gedanken erlaubt, sondern muß es den anderen ermöglichen, daran anzuknüpfen und weiterzudenken: er muß selbst weiter lernwillig bleiben.
Um gleich beim Gedanken der Emanzipation zu bleiben: Du sagst, (wie ich finde zu Recht) Revolution ist deshalb unverzichtbar, weil sich der "neue, gute, kollektivistische Mensch" unter den bestehenden Umständen nicht entwickeln kann. Für die Übernahme des Staatsapparates verlangst Du aber, wenn sie überhaupt sinnvoll sein soll, daß v o r h e r gefestigte Formen von Selbstregierung und Selbstentscheidung gebildet haben. Könnten sich diese Formen vor einer Revolution ausbilden, so wäre sie nicht mehr nötig. Ich glaube, man sollte auch noch einmal über die Übernahme des Staatsapparates nachdenken. Es stellen sich hierfolgende Fragen:
1. Wer soll den Staatsapparat über nehmen und zu welchem Zweck außer dem der Machtausübung ? (Sollte die Macht nicht besser den Gremien der Selbstorganisation überlassen bleiben ?)
2. Werden die neuen "Machthaber" auch rechtzeitig das Feld räumen ?
Aus welchem Grund sollten sie das tun, wenn ihnen ihre Position im Staat doch Privilegien gegenüber den "Nicht-Machthabern" einräumt ?
(Ich befürchte, daß es wie in den Staaten des "Realsozialismus" möglich wird, die eigene Machtposition immer wieder mit der Begründung zu rechtfertigen, die Zeit sei noch nicht reif zur Beendigung der "Übergangsphase".
Ich glaube, die Übernahme des Staatsapparates ist keine so gute Idee. Sie hat ihren Ursprung vermutlich darin, daß die Entwicklung des "emanzipierten Individuums" ein langwieriger Prozeß ist und das der Mensch nach der Revolution eben noch eher dem der jetzigen Gesellschaft gleicht: raffsüchtig, machtbesessen und egozentrisch. Wahrscheinlich ist die Ausübung von Staatsgewalt (wie auch immer sie aussehen mag) nicht gerade das geeignete Mittel, diesen Eigenschaften abzuhelfen. Besser wäre es doch, ihnen die materiellen Basis zu entziehen. Wie ich das meine, versuche ich gleich zu erklären - es geht hierbei um die Ziele einer Revolution.
Die Ziele der Revolution werden in Deinen Thesen ziemlich knapp abgehandelt. Veränderung aller Verhältnisse, Schaffung einer "anderen" Gesellschaft. Das trifft es wohl auch, ist aber keine konkrete Zielsetzung. Das an den bestehenden Verhältnissen so ziemlich alles Scheiße ist, wissen eigentlich alle. Die Frage ist, wo der entscheidende Ansatzpunkt für eine Veränderung ist. Ich will jetzt nicht mit dem maoistischen Quatsch von "Hauptund Nebenwidersprüchen" kommen - ein Mensch kann an rassistischer Hetze, eine Frau an sexistischer Anmache genauso kaputtgehen, wie der Schichtarbeiter an der brutalen Vernutzung seiner Arbeitskraft. Das Problem ist aber, daß z.B. der Rassismus nicht zu beseitigen ist, solange es Konkurrenz um Arbeitsplätze gibt, daß die Rolle der Frau als Heimchen und Bettwärmer eben nicht nur mit dem guten Willen zur Gleichberechtigung beseitigt wird. Sie ist eine Folge patriarchaler Arbeitsteilung und der Kapitalismus hat offensichtlich die tendenz, alle Verhältnisse die die Menschen mit ihrem Wissen bereits überwunden geglaubt haben, im Profitinteresse ständig zu reproduzieren. Und der Profit entsteht durch die rentable Vernutzung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozeß. Ziel einer Revolution kann es nur sein, die Möglichkeit des Profits zu beseitigen. Mit dem bloßen Übergang des Eigentums an die Produzenten ist es nicht getan, innerhalb des Konkurrenzverhältnisses mit anderen Betrieben, wären sie gezwungen sich selbst auszubeuten, wiederum rentabel zu produzieren, Konkurrenz untereinander zu fördern, um die Löhne niedrig und die Leistung hochzuhalten, Benachteiligung von Frauen, rassischen Minderheiten und Behinderten wären immer noch willkommen.
Voraussetzung für die Emanzipation des Menschen,

d.h. dafür, daß er nicht mehr Objekt von Verwertungsinteressen ist, sondern kreatives, bewußtes Individuum, ist die Abschaffung der Lohnarbeit und die (kostenlose) Verteilung der Produkte an alle. Die Abschaffung des Geldes ist damit untrennbar verbunden, denn der Profit setzt voraus, daß man die Produkte verkaufen kann und dabei eben mehr Geld erhält, als die Produktion gekostet hat. Mit der Beseitigung des Geldes entfällt das Bedürfnis mehr zu haben, als andere, denn wenn man mit diesem "Mehr" nichts machen kann, außer es selbst zu benutzen, hat man kein Privileg gegenüber den anderen. Die Anhäufung von Gütern wird sinnlos, wenn sie nicht mehr der Repräsentation von Vermögen dienen kann.

Den Kriterien des technologischen Fortschritts, wie sie in These 16 genannt werden, kann ich nichts hinzufügen - mit ihrer Verwirklichung hätte der Mensch als Teil seiner natürlichen Umgebung und mit ihr gemeinsam für die Zukunft eine Chance.

Eine letzte Kritik haben ich aber noch. Sie betrifft das revolutionäre Subjekt, von dem Du der Ansicht bist, es sei nicht eindeutig auszumachen. Es ist ein von Dir selbst anerkannter Fakt, daß die meisten der bestehenden Gruppen und Organisationen völlig unterschiedliche Ziele haben.(Die einen sind für bezahlbaren Wohnraum und Kündigungsschutz, die anderen gegen Nazis und Sexisten usw....)

Ich nehme sogar an, aber das sagst Du auch selbst, daß die meisten der Gruppen sich in die gesellschaftliche Mühle einfügen, wenn der Staat ihnen nur ein stückweit entgegenkommt - was er im Interesse des sozialen Friedens ja auch gern und oft tut. Alle diese Gruppen und Organisationen haben sehr berechtigte Anliegen, die sich jeweils auf einen Teilaspekt der Gesellschaft beziehen. Es ist auch richtig, wenn Du sagst, eine gemeinsamen Organisation zu schaffen, wäre gut. Aber diese Organisation allein wird nicht imstande sein ausreichend gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, um die Herrschenden tatsächlich ins Wanken zu bringen.

Sie hat kein wirkliches Druckmittel außer dem massenhaften zivilen Ungehorsam. Um die Verhältnisse wirklich umzuwälzen müßten sich die Anstrengungen dieser Organisation auf die Vergesellschaftung der Produktion richten - ohne Beteiligung der gegenwärtigen Produzenten ist das unmöglich. Alles geht so weiter wie bisher, solange die Produktion funktioniert, die Profite stehen, der Handel floriert und die Börse ruhig bleibt, weil weitergearbeitet wird, weil die Produzenten kein Interesse am Demonstrieren haben. Erst wenn sie sich solidarisieren, und zwar nicht einzeln, sondern als ganzer Betrieb, als Branche, hat die Auflehnung bessere Chancen, als Abspeisung und Besänftigung durch den Staat. Sicher, die unmittelbar an der Warenproduktion beteiligten sind heute eine Minderheit, aber diese Minderheit hat das gesellschaftliche Leben in ihren Händen. Will man die Veränderung, wird man an dieser Minderheit nicht vorbeikommen.

Die revolutionäre Linke sollte also alle Bestrebungen der Selbstorganisation unterstützen und niemals die Grundübel dieser Gesellschaft aus den Augen verlieren : ihre Produktions-und Verteilungsverhältnisse. Soziale Lernprozesse unter Revolutionären und die alsbaldige Beendigung der gesellschaftlichen Isolation sind die Voraussetzung für irgendeine praktische Relevanz revolutionärer Tätigkeit.

Heike Baur

Dies ist ein Text, der bereits im Frühjahr entstanden ist, aber aufgrund ungünstiger Umstände erst Anfang Oktober in Göttingen veröffentlicht wurde. Er bezieht sich auf die Auseinandersetzungen und Nicht-Auseinandersetzungen zum Thema Organisierung in Göttingen. Wir denken, daß er aber auch für Leute aus anderen Städten und Regionen interessant sein kann, weshalb wir ihn jetzt auch noch mal überregional veröffentlichen.

Beitrag zur Organisierungsdebatte

Wir sind eine Gruppe von Göttinger Autonomen, die schon seit geraumer Zeit die Organisierungsdebatte verfolgt. Ihr Verlauf hat uns bisher sehr enttäuscht. Bei Vielen scheint allein das Wort Organisierung schon Panik auszulösen, das halten wir für falsch. Wir halten diese Frage für entscheidend auf dem Weg in die Zukunft, denn es geht letztendlich darum, ob die Autonome Bewegung eine politisch wirksame, Zukunft gestaltende Kraft wird oder ein wirkungsloser Tummelplatz für Unzufriedene, den die etablierte Gesellschaft sich hält. Wenn wir hier und im folgenden von der "Autonomen Szene" sprechen, beziehen wir uns im wesentlichen auf den politischen Aspekt. Wir wollen dabei auf keinen Fall ignorieren, daß sie neben der politischen auch eine kulturelle Bewegung ist.

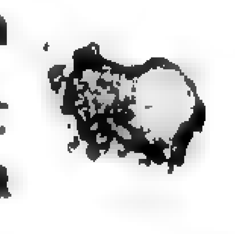
Auch das Fehlen jeder organisierten Struktur ist bereits eine Form von Organisierung und hat nach unseren Eindrücken zu Zuständen geführt, die manchmal das Gegenteil autonomer Ideen darstellen. Deshalb haben wir uns entschieden, dieses Papier zu schreiben, in dem wir unsere Ansichten möglichst gestrafft darstellen wollen.

Organisierung als Mittel gegen Machtstrukturen

Wir wollen hier nicht den viel strapazierten Spruch aufwärmen, die Zeiten wären noch nie so ernst wie heute. Trotzdem scheint doch allgemein der Eindruck zu bestehen, daß sich etwas ändern muß.

Die äußere Situation ist, daß die herrschende parlamentarische Oligarchie in eine Krise steuert, sie scheint unfähig, die globalen wie auch die alltäglichen Probleme zu lösen und immer mehr Menschen merken dieses auch. Hinzu kommt die (Dauer-) Sinnkrise einer aufs rein Materielle reduzierten Weltanschauung, die den Menschen keine echten Lebensperspektiven bietet. Dieses treibt viele Menschen in die Arme der FaschistInnen, die eine einfache "Alternative" zu bieten scheinen. Von "Links" hingegen ist keine Alternative zum herrschenden System zu erkennen. So ergibt sich nach dem weitgehenden Zusammenbruch des totalitären Sozialismus eher ein Trend zum Konservatismus und das System bleibt trotz allem stabil.

Ein Blick auf die "Autonome Szene" zeigt auch beispielhaft die Probleme der Linken. Zersplitternde Strukturen, persönliche Konflikte statt politischer Auseinandersetzungen, Machtstrukturen und Cliquenwirtschaft in einem angeblich herrschaftsfreiem Raum etc. bieten kein glaubwürdiges Bild einer echten Alternative zum herrschenden System. Eine sorgfältige Analyse allein der Verhältnisse in Göttingen würde Bibliotheken füllen, deshalb wollen wir hierauf in diesem Papier nicht im Detail eingehen.



Als Hauptproblem stellen sich totalitäre Strukturen dar, die im Widerspruch zu den vertretenen politischen Inhalten stehen. Ursache scheint uns die mangelnde Auseinandersetzung über Strukturen der Zusammenarbeit (vor allem der Gruppen untereinander) zu sein. Das führte zu einem Evolutionsprozeß, der im Blitztempo die Entwicklung des herrschenden Systems nachvollzog: Nach Zufallsprinzip und Recht des Stärkeren wurde ein Zerrbild des bekämpften Systems produziert.

Das scheint uns kein Zufall zu sein, denn schließlich lebt jedeR in diesem System und muss sich erst mühsam aus dessen Klischees befreien. KeineR von uns lag mit einem schwarzen Stern am Strampelanzug in der Wiege, meist stammen die Leute aus bürgerlichen Verhältnissen. Auf diese Weise trägt jedeR noch viel Schrott aus dem herrschenden System im Kopf herum, dessen Denkstrukturen person sich nur schwer entziehen kann. Ausweg kann in dieser Situation unserer Meinung nach nur das Schaffen von Strukturen sein, die die Bildung von Machtstellungen verhindern (sollen).

Verschärft wird die Problematik durch das Phänomen von "Zufalls-Autonomen", die durch persönliche Bekanntschaft, nicht aufgrund politischen Interesses, zur "Autonomen Szene" gekommen sind. Machtstrukturen sind manchmal weniger durch reale Machtmittel begründet, sondern entstehen in den Köpfen. Abhängigkeiten sind nicht immer unvermeidlich. Autonome Zusammenhänge brauchen deshalb autonome Menschen, diese erhält person nur, wenn die Struktur es ermöglicht, daß Leute aufgrund ihrer politischen Überzeugungen und nicht zufälliger Bekanntschaft dazukommen.



Organisierung als Basis für effektive Politik

Nach dieser kurz angerissenen Analyse wollen wir darstellen, was für uns überhaupt der Sinn unserer (autonomen) politischen Arbeit ist.

Für uns liegt der Sinn politischer Arbeit letztendlich darin, Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben, um sie damit nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. Autonome Politik darf nicht nur der Durchsetzung eigener Interessen dienen, sie muß auch das Prinzip der Selbstbestimmung verbreiten. Dieses Prinzip kann anderen nicht aufgezwungen werden, es kann nur durch Einsicht übernommen werden, anders wäre es ein Widerspruch in sich.

Ziel unserer Politik muß es also sein, Menschen zu gewinnen, sei es als SympathisantInnen oder als aktive MitstreiterInnen. Eine reine Durchsetzung der eigenen Gruppeninteressen wäre nur Sektiererei. Um Leute für sich zu gewinnen sind für uns einige Punkte unverzichtbar:

- Öffentlich wahrnehmbar zu sein und zwar im eigenen Sinn, nicht durch die Zerrbrille politischer Gegner, ist ein Kernpunkt jedweden politischen Wirkens. Dieses erfordert eine offensive Pressearbeit mit dem Willen, den eigenen Standpunkt darzustellen und die Berichterstattung möglichst nicht dem Zufall zu überlassen. Die häufig auftretende "Kameramann-Arschloch" Mentalität führt letztendlich in die Sackgasse einer unbekannten Politsekte.

- Eine gesamtgesellschaftliche Alternative zu den bestehenden Verhältnissen muß geboten und diese auch offensiv propagiert werden. Solange person nur ein kleines Spektrum politischer Probleme abdeckt, wird person immer nur wenige Leute ansprechen.

- Ansprechbarkeit und Offenheit gegenüber neuen MitstreiterInnen sind unverzichtbar, nur dann können sich Interessierte überhaupt beteiligen. Stärker werden könne wir nur, indem wir mehr werden. Persönliche Kontakte dürfen dabei nicht Vorbedingung zur Aufnahme sein, sondern sollten Bestandteil der politischen Arbeit sein, die auf gemeinsamen Idealen beruht. Die Angst vor Bullen-Spitzeln darf nicht die Ausbreitung der eigenen Ideen blokkieren.

- Es muß die Bereitschaft zu effektiver Arbeit vorhanden sein. Nur so besteht die Chance, öffentlich wahrnehmbar zu agieren. Gemütliche persönliche Nischen produzieren nicht von alleine politische Arbeit.

Grundsätze der Organisierung

Um die oben aufgeführten Punkte und die Ergebnisse der Analyse umzusetzen, kommt person nach unserer Ansicht nicht an einer Organisierung vorbei.

Die Form der Organisierung muß sowohl den eigenen Ideale wie auch den momentanen Realitäten entsprechen. Diese beiden Eckpunkte darf person beim Vorgehen nicht aus den Augen verlieren. Verrät person die eigenen Ideale, ist person bald Bestandteil des Systems, das person eigentlich bekämpfen wollte (siehe Sozialdemokratie), ignoriert person die Realität, ist person nur ein kleiner Sektierertrupp ohne Resonanz in der Gesellschaft. Zusätzlich sollte die Organisierung, soweit möglich, bereits ein Modell für die politische Struktur einer anderen Gesellschaft sein, wie sie unseren Idealen entspricht. Die Verhinderung von Machtpositionen muß dabei ein zentraler Grundsatz sein.

Aufgrund unserer persönlichen Erfahrungen und dem Prinzip der Selbstbestimmung/Selbstorganisierung muß nach unserer Ansicht Keimzelle der politischen Arbeit der persönliche Zusammenhang sein, also eine relativ kleine überschaubare Gruppe aus Leuten, die sich kennen. Durch die persönliche Bekanntschaft der Leute ist eine vertrauensvolle politische Arbeit möglich. Auch haben wir die Erfahrung gemacht, daß nur in diesem überschaubaren Rahmen echte Diskussionen möglich sind, d.h. Gespräche, die der gemeinsamen Analyse und Meinungsfindung dienen und nicht taktisch geführt werden.



Die Aufgabe weitergehender Organisierung sollte es sein, die Arbeit der einzelnen Zusammenhänge zusammenzufassen und effektiv zu koordinieren sowie ein gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Austausch von Papieren kann verhindern, daß eine Arbeit immer wieder neu gemacht werden muß, das Auftreten als bundesweite/regionale Gruppierung verleiht den Aktionen mehr Gewicht. Auf Ebene der Gruppen sollten dabei möglichst die eigentlichen Diskussionen stattfinden und die Probleme persönlichen Verhaltens geklärt werden. Auf dieser Ebene ist ebenfalls eine Spezialisierung der Gruppen auf bestimmte Themenkomplexe kein Problem. Die weitergehende Organisierung aber sollte versuchen, ein möglichst breites Spektrum von Gruppen zusammenzufassen, die sich, durchaus auch in einem weitgefassten Sinne, mit der "autonomen Idee" identifizieren können. Dabei sollte möglichst auch versucht werden, die Gesamtarbeit auf bisher vernachlässigte Themen auszuweiten. Es darf nicht Sinn der Organisierung sein, eine Einheitsmeinung zu bestimmen, auch sollten Unterschiede nach außen nicht vertuscht werden. Die Organisierung soll die Möglichkeit der Koordinierung bieten, nicht dazu zwingen, es muß möglich sein, daß auch Minderheiten die Organisations-Strukturen nutzen bzw. einzelne Gruppen bei der Durchführung ihrer Aktionen toleriert werden.

Hierzu sei noch kurz angemerkt, was wir unter der "autonomen Idee" verstehen. Als Ziel steht die Schaffung herrschaftsfreier, kollektiver Lebensräume für selbstbestimmte Menschen. Es gibt keine Trennung von Politik und Alltag, wie es in diesem System vorgetäuscht wird (nach dem Motto: "Ich bin ein unpolitischer Mensch!"). Die Wahl der Mittel richtet sich dabei nach dem eigenen Legitimitäts- und Zweckmäßigkeits-Empfinden, nicht nach der Legalität im gerade herrschenden Staatssystem. Der politische Kampf wird also ganz bewußt nicht systemkonform und notfalls auch militant geführt. Gewalt gegen Personen wird außer in (kollektiven) Notwehrsituationen nicht angewendet.

Die Struktur herrschaftfreier Organisierung kann in unseren Augen nur schichtweise erfolgen: die Zusammenhänge z.B. einer Stadt werden zusammengefasst zu einer lokalen Organisation, diese wiederum eingebunden in eine regionale Organisierung etc.. Diese Struktur muß dabei aber den lokalen Voraussetzungen angepasst werden. Das Grundprinzip der freiwilligen Zusammenarbeit schließt dabei eine verpflichtende Mitgliedschaft aus. Da jede Ebene immer die darunter befindliche zusammenfasst, denken wir, daß auch ohne Mitgliedschaft genügend Verbindlichkeit für eine effektive Arbeit entsteht.

Information und Koordination - Ein Organisierungsmodell

Die zwei Hauptaufgaben einer Organisierung wären Informationsaustausch und Koordination.

Die Koordination kann in Form von offenen Plena und Gruppentreffen gemacht werden, in zwei getrennten Formen. Gruppentreffen von GruppenvertreterInnen dienen der Koordination von Gruppen. Auf ihnen sind die TeilnehmerInnen VertreterInnen ihrer Gruppen.

Zusätzlich sollten offene Plena Einzelpersonen den Zugang in die Gruppen bzw. die Bildung neuer Gruppen erleichtern.

Diese Struktur darf sich nicht gegen die Aufnahme neuer Gruppen und Personen abschotten. Persönliche Treffen sollten immer Bestandteil der Koordination sein, damit keine anonyme Großorganisation entsteht. Ein System fester Delegierter halten wir hierbei für überflüssig, solange die Kommunikation innerhalb der Gruppen klappt.

Der Informationsaustausch auf lokaler Ebene sollte kein Problem sein, gut wäre eine Art gemeinsames "Büro", das gleichzeitig als Informationszentrum nach außen und als Anlaufpunkt der Erreichbarkeit der einzelnen Gruppen dienen kann. Diese "Büros" können dann auch als Netzstellen für die weitergehende Verknüpfung dienen. Der Datenaustausch auf höherer Ebene kann sehr effektiv über ein Mailbox-System auf PC´s mit Telefonanschluß laufen, die in den "Büros" stehen könnten. Es gibt die Möglichkeit, Datennetze kostengünstig und flexibel aufzubauen, so daß sie regional individuell gestaltet werden können. Über ein leistungsfähiges Datennetz könnte eine gute Plena/Koordinations-Vorbereitung gemacht werden, die eine Verlagerung möglichst vieler Entscheidungen auf die Gruppen-Ebene ermöglicht. Damit könnte dann mit imperativem Mandat auf den Treffen das Aufkommen einer FunktionärInnenschicht bekämpft werden und trotzdem ein schnelles Koordinationssystem aufgebaut werden.

Diese, zum Teil schon recht konkreten, Vorschläge sollen kein feststehendes Dogma bilden, sie stellen lediglich unseren momentanen Vorstellungen zu diesem Thema dar. Im Gegenteil halten wir es für überlebenswichtig, daß sich die Struktur der Organisierung stets den aktuellen Bedingungen anpasst. Insbesondere müssen absehbare Fehlentwicklungen durch notfalls auch radikalen Umbau der Strukturen beseitigt werden. Wir denken, daß eine solche Organisierung eine gute Chance darstellt, experimentell neue gesellschaftliche Strukturen und Modelle zu entwickeln. Sicherlich birgt so eine Organisierung auch Gefahren und Probleme, wie diese zu lösen sind, wird person in der Praxis sehen, die Realität sollte immer entscheidender sein als Theorien. Mit einem pragmatischen Ansatz, unter Verzicht auf die Durchsetzung von Dogmen, sollte person damit klar kommen können. Sollten wir uns nicht einmal mehr dieses zutrauen, so wäre das quasi ein Eingeständnis, daß unsere Ideen (oder zumindest wir selbst) nur als Bestandteil der momentanen Gesellschaft lebensfähig wären und keine Gesamtperspektive darstellen.



Autonome (einige) aus Göttingen

Kontakt über:
A(e)G
c/o Buchladen
Rote Straße 10
34 Göttingen

Die Freiburger Szene spielt Politik, die staatlichen Ermittlungsbehörden spielen mit Indizien – vier Wochen nach der Ermordung einer jungen Linken haben die Ermittlungen Aufschlussreiches zu Tage gefördert. Nur der oder die Mörder von Kerstin Winter können sich bei dem Stand der Dinge einigermassen sicher fühlen.

Zum Beispiel Freiburg i. Br.: Die Instrumentalisierung einer Toten durch Szene und Polizei

Stell Dir vor, es kommt was anderes raus

Von Ulrich Fuchs, Freiburg i. Br.

Rein äusserlich ist fast schon wieder alles wie vorher. Auf dem Grether-Gelände, einer Art letzter Trutzburg der bis Mitte der achtziger Jahre blühenden Freiburger Alternativkultur, hat die Hektik merklich nachgelassen. JournalistInnen und Kamerateams auf der Suche nach dem links-alternativen Sender Radio Dreyeckland (RDL), der nach seiner Legalisierung hier neben anderen alternativen Einrichtungen Studioräume bezogen hat, treten sich auf dem ehemaligen Fabrikareal nicht mehr auf den Füssen herum. Dazu ist die Verfallszeit medialer Attraktivität im an spektakulären Gewalttaten reichen neuen Deutschland viel zu kurz.

Allemal dann, wenn die Ermittlungen zu stokken scheinen, neues verwertbares Material nicht vorliegt. Und immerhin vier Wochen sind seit jenem Freitagnachmittag auch schon vergangen, an dem die 24jährige Kerstin Winter beim Öffnen eines vor ihrer Wohnungstür abgelegten Päckchens von einer darin deponierten Bombe auf der Stelle getötet wurde. Vier Wochen, seit in den Räumen des Radios, einem Zentrum des politisch noch aktiven Teils der Freiburger Szene, auch das «Autonome Komitee Kerstin», das sich inzwischen in «Info-Gruppe» umbenannt hat, sein Domizil bezogen hat. «Um», wie der Sprecher der Gruppe sagt, «die Entpolitisierung des Falles darzustellen.»

Die Info-Gruppe gibt bekannt

Auch Kerstin Winter kannte die Räumlichkeiten hier. Zweimal im vergangenen Jahr hatte sie Sendungen gestaltet. Zusammen mit den «Punx gegen Langeweile», mit denen sie sich im Rahmen der AZ-Ini für die Einrichtung eines Autonomen Zentrums in Freiburg eingesetzt hatte. Kerstin Winter war auch sonst mit ihrer politischen Einstellung immer und überall offensiv umgegangen; sie war da, wenn es galt, Asylbewerberwohnheime vor rechter Gewalt zu schützen; sie hatte keine Angst, sich in der Innenstadt mit Skins anzulegen; und der eingetragene «Verein zur Förderung der Subkultur» trug ihre Postanschrift. Schon unmittelbar nach dem Mordanschlag hatte sich deshalb auch der Verdacht breitgemacht, die Bombe könne eine neue Dimension des grassierenden rechten Terrors markieren. 5000 Menschen hatten drei Tage nach dem Anschlag unter diesem Eindruck an einer Demonstration teilgenommen. So viele wie schon lange nicht mehr in Freiburg an einer von Linken organisierten Demo.

Trotzdem ist schon zu diesem Zeitpunkt auch das Unbehagen greifbar, das der Umgang mit dem Mord innerhalb der Freiburger Linken auslöst. Ob Presseerklärungen der Info-Gruppe oder Flugblätter – immer beschränkt sich die hergestellte Öffentlichkeit, am Sprachgestus unschwer zu erkennen, auf die Perspektive des Antifa-Lagers. Und dessen Deutung des Mordes steht von Anfang an fest: «Kerstin wurde von Faschos ermordet» – wie ein Flugblatt zwei Tage nach dem Bombenattentat vermeldet. Und in einer Presseerklärung der Info-Gruppe vom selben Tag heisst es: «Wir wissen (noch) nicht, welche Person Kerstin ermordet hat. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass es kein faschistischer Anschlag war.»

Ein paar Tage später sind die Autonomen in der Lösung der Täterfrage zwar trotz Bildung einer eigenen Ermittlungsgruppe noch nicht weiter gekommen, dafür aber ist der tiefere Zweck der Arbeit der vom Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg eingesetzten Sonderermittlungsgruppe Ziel ihrer Öffentlichkeitsarbeit: «Bekannte Strategien des Landeskriminalamtes und somit der Landesregierung (Kriminalisierungen) werden u. a. angewandt, um sich der eigentlichen Opposition zu entledigen. Das alles, um die eigene, menschenverachtende 'Politik' in Ruhe betreiben zu können. Widerstand gegen Neofaschisten und Faschismus passt da nicht ins Konzept. Im Gegenteil.»

Die Medien mit ihrer «alternativen Bespitzelung neben der jetzt wieder verstärkt staatlichen», wie es in derselben Presseerklärung der Info-Gruppe heisst, sind schnell als zweiter Feind ausgemacht. Journalisten unterschiedlichster Couleur werden unter dem Begriff «Hilfsspitzel des repressiven Staatsapparates» versammelt. In Flugblättern soll die gesamte Szene nicht nur auf diese Sicht der Dinge eingeschworen, sondern auch der Alleinvertretungsanspruch der Info-Gruppe nach aussen untermauert werden: «Keine Gerüchte weitergeben! Keine Spekulationen anstellen! Keine individuellen Gespräche mit Bullen und Medien! Wendet euch an die Info-Gruppe.»

Gleichzeitig übt das grosse Medieninteresse auf die selbsternannten SachwalterInnen aller Informationen auch eine unübersehbare Faszination aus. Eine in der Öffentlichkeit fast schon in Vergessenheit geratene politische Gruppierung rückt als vermeintlicher Gralshüter linker Zusammenhänge ins Scheinwerferlicht. Geheimnisvoll wird auf einer Pressekonferenz – «keine Aufnahmen vom Gesicht bitte» – «ein Fax mit einer heissen Spur» angekündigt. Im für abenteuerliche Gesten immer empfänglichen Privatfernsehen gibt der Sprecher der Gruppe gebetsmühlenartig Erklärungen ab und hat sich dazu mit dem Rücken zur Kamera aufgebaut. Heute Stern TV, gestern war schon RTL explosiv da, und übermorgen kommt Spiegel TV. Unsicherheiten, Irritationen, Zweifel haben bei der kaderpolitisch organisierten Fraktion der Hardcore-Autonomen zumindest nach aussen hin keinen Platz mehr. Und was, wenn sich herausstellen sollte, dass der Mord doch kein politischer war? Der Sprecher der Info-Gruppe ist um die Antwort nicht verlegen: «Ich würde sagen, fast jeder Mord ist ein politischer Mord.»

Thomas Schrecker, der für die Öffentlichkeitsarbeit von Radio Dreyeckland zuständig ist, hat das Spektakel der letzten Wochen hautnah miterlebt. Nicht nur «die Mediengeilheit mancher Leute» hat ihn irritiert. «Schon die Falschmeldung», sagt er, «dass Kerstin Mitarbeiterin von RDL war, obwohl sie tatsächlich nur zweimal im Rahmen des Gruppenradios Sendung gemacht hatte, kam ja von hier.» Für Schrecker ist das nur ein Beispiel, «wie sofort nach dem Mord eine Frau, die viele gar nicht gekannt haben, als Märtyrerin aufgebaut wurde». Auch ein anderer langjähriger Mitarbeiter des Radios, der namentlich lieber nicht erwähnt werden will, findet das «bezeichnend, dass hier jahrelang darüber diskutiert wurde, ob wir mit der Lokalpresse, dem Südwestfunk oder der Stadtzeitung reden. Und heute ist es möglich, dass sich die Leute bei Pro 7, RTL explosiv oder Stern TV vor die Kamera stellen.»

Den Umgang mit Kerstin Winters Tod empfindet er als «leichtfertig», denn «stell dir vor, es kommt was anderes raus.» Entscheidend ist für ihn, «dass wir eigentlich ganz anders vorgehen müssten: Die Frage müsste doch eigentlich lauten, wie sind die Zustände, dass es uns plausibel erscheint, dass Rechtsradikale hinter diesem Mord stehen.»



«Punx gegen Langeweile» vor dem Haus, in dem Kerstin Winter umgebracht wurde. «Mit ihrer Energie, ihrem Elan hat sie alle angesteckt.»

Kameramann – Arschloch

Solche Nachdenklichkeiten spielen aber dort längst keine Rolle mehr, wo die Tote schon ein paar Tage nach ihrer Ermordung nahtlos in das Antifa-Weltbild («Kerstin Winter – das war Mord. Kampf dem Faschismus an jedem Ort») integriert wurde. Gruppenübergreifende Diskussionen, in denen die wechselseitigen Interpretationsmuster für einmal so ernst genommen werden, dass sie sich auch befragen liessen, gibt es in Freiburg so wenig wie andernorts. Vor einem Jahr etwa war mit dem «Projekte-Treffen» noch einmal ein Versuch gestartet worden, den schon weit fortgeschrittenen Zerfall der früher starken und berühmt-berüchtigten Politszene der Stadt aufzuhalten. Bis heute hat diese Veranstaltung jedoch noch nicht einmal die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis schlüssig klären können.

Die Kritik am autonomen Umgang mit dem Mord äussert sich vom resignierten Kopfschütteln bis zur Empörung trotzdem reichlich. Auf Freiburger Art: spät am Abend, wenn die Szenenkneipen überfüllt sind und im Gefühl alter Gemeinsamkeit auch schon mal der Gedanke «Ein eigenes Flugblatt müsste man machen» die bierdunst-geschwängerte Atmosphäre beseelt. Oder in den fortgeschrittenen Nachmittagsstunden, wenn man sich zwischen Arbeit und WG-Einkauf im kleinen Café hinter dem Buchladen zufällig zum kurzen Plausch trifft. Vorne «im 'Jos Fritz'» liefen schon viele Fäden der Freiburger Politszene zusammen, als es noch galt, den Bau eines Atomkraftwerks in Wyhl zu verhindern. Und erst recht von Anfang bis Mitte der Achtziger, als die Stadt zu den Zentren der Hausbesetzerbewegung zählte. Für Heinz Auweder, einen aus dem Buchhändler-Kollektiv, ist das alles auch ein Stück eigener Geschichte.

Die Vorgänge nach dem Mord hat Heinz schon aus einer Distanz miterlebt, die typisch ist für viele, die einst in der linken Szene der Stadt aktiv waren. Aus einiger Entfernung lässt's sich leichter über die Instrumentalisierung der toten Kerstin Winter klagen: «Ich habe selten mitgekriegt, dass eine so traurige Geschichte so schnell politisch verwurstet wurde.» Fast schon, sagt Heinz, habe er das «Gefühl, sie hätte erfunden werden müssen, wenn sie nicht tatsächlich passiert wäre». Weil der Mord «benutzt wird, um sich angesichts der realen Bedeutungslosigkeit der Linken der eigenen Bedeutung zu versichern, quasi als Definition ex negativo».

Bertram Rotermund von der Freiburger Medienwerkstatt hat aus der Öffentlichkeitsarbeit der Info-Gruppe seine Konsequenzen gezogen: «Wir haben aufgehört zu drehen.» Aber auch wenn er sieht, dass «Kerstin zum Teil funktionalisiert wird» oder «einige Leute sich nach dem Motto viel Feind, viel Ehr' wichtig nehmen» und «das Ganze für sich pachten», ist ihm ein anderer Aspekt nicht weniger wichtig: «dass sich ein ganz breiter Teil hier in der Stadt vom politischen Geschehen abgekoppelt hat» und damit vielen, «von links bis liberal, der Biss fehlt, sich dem Ganzen ernsthaft zu stellen».

Die Konsequenzen werden zunächst in der überregionalen Berichterstattung sichtbar. Die Info-Gruppe und ihr Umfeld erreichen ihr Ziel, «die politische Dimension des Falles darzustellen», auf verquere Art. Die Abschottung nach aussen und eine Öffentlichkeitsarbeit, die sich zu grossen Teilen auf phrasenhafte Verlautbarungsrhetorik beschränkt, werden selbst zum Politikum. «Wir wollen filmen», kündigt die Stimme aus dem Off im Beitrag von Stern TV bedeutungsvoll an, «die Antwort erhalten wir im Chor.» Die Kamera schwenkt auf eine Gruppe Vermummter, die prompt und brav skandiert: «Kameramann – Arschloch». Der Hamburger «Zeit», immer auf der Suche nach der goldenen Mitte, verhilft das «lautstark-aggressive Häuflein» dazu, auch im idyllischen Freiburg Bürgerkriegsphantasien zu entwickeln: «Es kursieren sogar Namen von verdächtigen Rechtsradikalen. Fehlt bloss noch, dass schon mal ein Galgen aufgebaut wird.»

Das zumindest könnte einem ja egal sein.

Fortsetzung auf S

Stell Dir vor, es kommt ...

Fortsetzung von Seite 9

Gäbe es da nicht den noch immer unaufgeklärten Mord. Und damit auch noch immer mehr als nur die Möglichkeit einer neuen Qualität rechten Terrors. Und vor allem: Gäbe es da nicht die Freiburger Staatsanwaltschaft und eine Sonderermittlungsgruppe, deren bisheriges Vorgehen eine kritische Öffentlichkeitsarbeit, die diesen Namen auch verdient, bitter vonnöten erscheinen lässt. «Von den ganzen ach so klugen Leuten», sagt Oberstaatsanwalt Peter Fluck und kann dabei seinen offensichtlichen Widerwillen gerade noch als Zynismus kaschieren, «konnte uns noch keiner einen konkreten Hinweis geben.» Das Büro ist gross, aber spartanisch eingerichtet. Von der Tür aus gesehen in der hinteren rechten Ecke sitzt der Leiter der Ermittlungen im Mordfall Kerstin Winter hinter einem mächtigen Schreibtisch. Besucher bittet er auf eine schlichte Couch-Garnitur. Er selbst nimmt ganz am anderen Ende des Tisches Platz. Nur in wenigen Momenten deutet sich an, dass der schlanke und ausserordentlich beherrscht wirkende Endvierziger zu Emotionen fähig ist. «Nicht sauer, sehr erstaunt» ist Fluck und hat sich schon wieder ganz unter Kontrolle, «weil ich das Gefühl habe, dass man mit allen Mitteln versucht, unsere Arbeit zu behindern». Die Vorwürfe des obersten Ermittlers richten sich an die Adresse der Freiburger Antifa-Szene und dort insbesondere an die Info-Gruppe Kerstin. Damit nämlich lässt sich im Moment Politik machen.

Die sonderbaren Ermittlungen des Sonderermittlers

Und damit lässt sich vor allem davon ablenken, dass die Fahnder, wie das Regionalfernsehen vor vierzehn Tagen nüchtern konstatierte, «inzwischen vor einem Scherbenhaufen stehen». An der vorgeblichen Behinderung der Ermittlungen kann es jedenfalls nicht gelegen haben, dass der Oberstaatsanwalt genau eine Woche nach dem Mord die Verhaftung eines dringend Tatverdächtigen anordnete, des Freundes von Kerstin Winter, der bei der Explosion zwar auch in der Wohnung war, aber nicht verletzt wurde, weil er gerade auf der Toilette sass.

Die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Indizien? Widersprüche, in die sich der Beschuldigte verwickelt haben soll; zwei Feuerlöscher an seinem Arbeitsplatz, bei denen Druckbehälter der Art fehlten, wie sie zum Bau der Bombe verwendet wurden; eine in der Wohnung gefundene Anleitung zum Bombenbau und ein anhand der rekonstruierten Anschrift auf dem Päckchen vorgenommenes Schriftgutachten; zudem soll die Bombe nicht über weitere Strecken transportierbar gewesen sein. Fünf Tage später wird der beschuldigte Freund Kerstin Winters, gegen den laut Presseerklärung «weiterhin erheblich Verdachtsmomente» bestehen, wieder auf freien Fuss gesetzt.

Tatsächlich ist die Kette der vorgeblichen Indizien zusammengebrochen. Das erste Schriftgutachten, nach dem, wie jetzt bekannt wird, der Beschuldigte «mit über fünfzig Prozent Wahrscheinlichkeit» als Verfasser der Schrift auf dem Päckchen galt – was, wie sein Anwalt formulierte, «für etwa vierzig Millionen Bundesbürger zutrifft» –, wurde ergänzt. Neues Ergebnis: Es ist jetzt «eher unwahrscheinlich», dass der Freund die Anschrift geschrieben hat. Zum Transportproblem will Fluck mit einemmal «schon immer der Ansicht» gewesen sein: «Wer so eine Bombe baut, kann sie auch sichern.» Die gefundene Bauanleitung, so Flucks inzwischen gewonnene Erkenntnis, «war mit Sicherheit nicht Grundlage für die Herstellung der verwendeten Bombe». Das dickste Ding aber hatten sich die Spezialisten der Sonderermittlungsgruppe mit den Feuerlöschern geleistet, die auch im Haftbefehl als besonders belastendes Indiz aufgetaucht waren. An ihnen fehlten keineswegs die Druckbehälter. Sie gehörten ganz einfach – was «schon beim ersten Angucken zu sehen» war, wie ein Stellvertreter Flucks erklärte – zu einer Bauart, die gar keine aussen angebrachten Druckbehälter besitzt. Nach dem zusätzlich mehr als merkwürdigen Umstand befragt, warum die Beamten des LKA denn die vermeintlich so schwerwiegenden Beweismittel gar nicht erst mitgenommen hätten, sondern die Feuerlöscher einfach hängen liessen, wird sogar Oberstaatsanwalt Fluck sichtlich unruhig: «Fotografiert» seien sie worden. Aha, fotografiert. Und die noch immer bestehenden erheblichen Verdachtsmomente? Was vor einer Woche offiziell an die Presse verlautbart wurde, gilt auch schon nicht mehr. «Verdachtsmomente» gäbe es noch, «aber ob die erheblich sind?» Der Ankläger scheint sich selbst nicht schlüssig zu sein, dann bemüht er erneut das unerhörte Filzstift-Indiz. Ein Filzstift der Art, mit der auch das Paket beschriftet wurde, ist im Zimmer des Beschuldigten gefunden worden. In wie vielen Zimmern mögen die noch zu finden sein? Fünf Millionen, zehn, zwanzig Millionen? Seinen Zynismus gewinnt Fluck erst wieder zurück, als die Rede auf die linke Szene zurückkommt. Auf die Frage, ob angesichts des «ermittlungstechnischen Super-Gau» (Spiegel TV) der Vorwurf, die Beamten seien «befangen», nicht verständlich sei. Immerhin kommen mindestens vier von ihnen aus der Abteilung Staatsschutz des LKA, der Chef der Gruppe hat in Freiburg im vergangenen Jahr die Durchsuchung des «Infoladen Subito», eines Autonomen-Treffpunkts, geleitet. «Dann kennen die Beamten sich ja schon mal gut hier aus», so Fluck, und hätten damit «Informationsvorsprünge». Zumindest aus der Tatsache, dass für ihn ein politisch motivierter Anschlag von rechts praktisch ausscheidet, macht der Oberstaatsanwalt keinen Hehl. Einen Grund für seine Sicherheit wiederholt er mit Vergnügen immer wieder, auch in unserem Gespräch: «Wenn jemand einen Konzern schädigen will, dann wählt er sich als Ziel nicht den Pförtner.» Kerstin Winter sei in der linken Szene nur «ein kleines Licht» gewesen. Und zudem hätten Ermittlungen nach rechts «keine konkreten Anhaltspunkte ergeben».

Es ist schon merkwürdig: Vier Wochen nach dem noch immer unaufgeklärten Mord an Kerstin Winter scheint in Freiburg für die einen nicht sein zu dürfen, was für die anderen so sein muss. Wo die Autonomenszene am Mord von rechts nicht zweifelt, sind die Ermittlungsbehörden vom Gegenteil überzeugt. Und beide gehen ähnlich vor. Die jeweilige Überzeugung scheint kaum mehr hinterfragt zu werden. Einen gravierenden Unterschied allerdings gibt es: Was die Autonomen denken oder nicht, wird bei der Ermittlung oder Nichtermittlung der Täter aller Voraussicht nach keine Rolle spielen.

Hinterher ist man voller Pickel

Im gleichen Tempo, wie der Fall Kerstin Winter zu einem Politikum geworden ist, hat sich die Spur des Mordopfers verflüchtigt. Sie wiederzufinden ist in der angeheizten Stimmung nicht leicht. Bei der AZ-Ini, wo Kerstin Winter für ein Autonomes Zentrum gekämpft hatte, entsteht im Gespräch zum erstenmal ein Bild der Toten, das weit über die Hülse «Kerstin Winter war eine aktive Antifaschistin» hinausgeht. Mit der Alt-Szene haben die Leute, die hier um den Tisch sitzen, nichts zu tun. Alle bestätigen sich noch einmal, dass Kerstin, die drei Monate vor ihrer Prüfung als Krankenschwester stand, keine besondere, «keine exponierte Funktion» innerhalb dieser Gruppe hatte. Und ohne jedes hohle Pathos beschreiben sie doch einen Menschen, der etwas Besonderes verkörpert hat. «Sie hat nicht nur auf irgendwelchen Treffen rumgeschwabbelt, sie hat die Sachen einfach gemacht. Ausländische Kinder unterrichtet zum Beispiel.» Einen «Allround-Job» hätte Kerstin gehabt, «weil ihr politisches Feeling ihren Alltag bestimmt hat». Und alle erinnern sich, wie sie «mit ihrer Energie, mit ihrem Elan angesteckt» hat.

Von Szene-Reibereien ist die Gruppe (bislang) noch relativ verschont geblieben. Das Bedürfnis, diesen Zustand beizubehalten, ist spürbar. Und wird auch deutlich formuliert: «Jetzt keine Keile dazwischentreiben.» Sicher, mit den «Flugis» haben sie «auch Schwierigkeiten» gehabt: «Wenn ich da was lese von Metropolen und Peripherie und dass der Antagonismus zunimmt, dann krieg' ich Pickel.»

Aber schliesslich müsse man es verstehen, «wenn Leute, die Kerstin nicht direkt gekannt haben, diesen politischen Kontext herstellen». Das war «eben auch Kerstins Kampf». Die Aussagen sind widersprüchlich, zum Teil hilflos, immerhin klingen sie nie vorgestanzt. «Es reicht doch schon der Gedanke», sagt eine Freundin, «dass es wahrscheinlich Rechte waren. Dass die Zustände so sind, dass man davon ausgehen muss. Dass es immer mehr zunimmt mit diesen Faschos. Das allein reicht doch schon.»

Oberstaatsanwalt Peter Fluck, der den Gedanken für abwegig hält, dass das «kleine Licht» Kerstin Winter von Rechten weggesprengt wurde, hat «nichts dagegen», zum Schluss noch auf «eine persönliche Frage» Auskunft zu geben. Macht er sich auch Gedanken darüber, was es für den Freund Kerstin Winters bedeuten muss, seine Lebensgefährtin derart brutal zu verlieren und dann auch noch fälschlicherweise als Mörder verdächtigt zu werden? «Wenn die Unschuld tatsächlich erwiesen ist», sagt Peter Fluck ohne Zögern, denn «noch ist der Freund auch Beschuldigter», dann sei das «höchst bedauerlich, oder wie der Behördenleiter schon gesagt hat: Hinterher ist man immer klüger.» Diesen Eindruck hat man bei Peter Fluck wirklich zuallerletzt. ■

Warum gegen Serbien?

Westeuropa schafft sich seine Randgebiete

WOZ Nr.4 , 20.1.93

Die Frage wirkt auf den ersten Blick [illegible] gestellt. Überall heisst es: Wie gegen Serbien? und: Wer alles gegen Serbien? Das Warum liegt für herrschende Erklärungsansätze der Jugoslawien-Krise auf der Hand [illegible] Massenmörder, Kriegsverbrecher. Zeitungen berichten täglich davon, das TV strahlt offene Wunden aus. Die Kugel [illegible] serbisch, das Opfer bosnisch.

Kriegsberichterstatter aus Washington, Genf und Sarajevo lassen als [illegible] des Waffenganges nur «grossserbische Gelüste» oder «kommunistisches Machtstreben» gelten. Wer sich damit nicht zufriedengibt und weiterfragt, wird überhört. Als der amerikanische Balkanexperte Robert M. Hayden im Sommer 1992 die von Deutschland und Österreich forcierte Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien, Slowenien und Bosnien für die Militarisierung des Konfliktes verantwortlich machte, war das zwar eine sensationelle Schlagzeile [illegible] ner Diskussion wert. Als der französische Botschafter Merimee Anfang Juni [illegible] gegen die Zurückhaltung eines [illegible] Dokumentes protestierte, das Sanktionen nicht nur gegen Serbien, sondern ebenso gegen Kroatien vorschlug, blieb auch das folgenlos. Stimmen aus Serbien, die die Isolierung des Landes als unverständlich bis unheilvoll bezeichnen, werden nur in kyrillischen Buchstaben gedruckt. Die Frage bleibt: Warum gegen Serbien?

Am Balkan erprobt der Westen [illegible] uneins zwar, aber um eine gemeinsame Strategie ringend [illegible] die Zukunft Europas. Längst steht fest, dass die ursprünglich mit dem Slogan vom «Selbstbestimmungsrecht der Völker» bejubelte territoriale Zersplitterung [illegible] antikolonialen Widerstand her[illegible]. Denn die Reperipherisierung [illegible] Kontinents fordert zu viele Opfer. Belgrad war von Anfang an nicht gewillt, sich in [illegible] eines europäischen Randgebietes zu fügen, die ihm von der EG (unter deutscher Führung) und dem Internationalen Währungsfonds zugedacht war. Wenn schon aufgrund des ökonomischen Zusammenbruchs Jugoslawiens [illegible] auch des übrigen [illegible]europa) harte wirtschaftliche und [illegible] Anpassungsmassnahmen erforderlich [illegible] die Position [illegible] schen Wahl[illegible] wolle man die [illegible] Kontrolle [illegible] nicht an von Brüssel oder Washington [illegible]gesetzte Statthalter abgeben, sondern [illegible] vor Ort ausüben. Das Einschalten der [illegible]presse zur Aufrechterhaltung von [illegible] Kapazitäten und Lohnauszahlungen [illegible] Januar 1991 war ein solcher sichtbarer Akt zur Beibehaltung des politischen Primats. 18 Mrd. Dinar (umgerechnet 1,8 Mrd. US-Dollar) hatte die serbische Regierung drucken lassen und damit die IWF-Pläne durchkreuzt. Der Westen sah in diesem «Raubüberfall auf die Bundeskasse» eine Kriegserklärung. Seit damals gilt Belgrad als Feind der «freien Welt».

Mit dem Begriff «serbischer Block» wurden vorerst alle Bestrebungen diffamiert, die an einer südslawischen Föderation festhalten wollten. Bosnien-Herzegowina gehörte im Frühsommer 1991 noch zu diesem Feindbild, bis die EG-Granden auf Volksabstimmung in der multi-ethnischen Republik drängten. Nur der «demokratisch» erklärte Wille der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas könne die Anerkennung durch Bonn und Brüssel bewirken.

Die serbischen Parteiführer, die eben noch mit muslimischen und kroatischen Volksvertretern ein gemeinsames bosnisches Parlament gebildet hatten, warnten vor einer einseitigen Anerkennung des kroatischen und muslimischen Selbstbestimmungsrechtes bei gleichzeitiger Ignorierung von Volksabstimmungen in der Krajina und im mehrheitlich serbisch besiedelten Teil Bosniens. Allein, die deutsch-österreichisch dominierte Berichterstattung über den Zerfall Jugoslawiens nannte die erwünschten sezessionistischen Regierungen «demokratisch» und die unerwünschten «selbsternannt». Die Spaltung Jugoslawiens in einen EG-ergebenen slowenisch-kroatischen und einen von der EG ausgegrenzten serbisch-montenegrischen Teil fand in Bosnien ihre Fortsetzung. Bosnien-Herzegowinas Unabhängigkeit war indes nur als Zwischenstufe geplant, kein Entwurf für eine zukünftige Geographie des Balkanraumes sah «Bosnien» als staatliche Einheit vor; die neue europäische Landkarte, wie sie im Herbst 1989 fast jede Zeitung spekulativ ihren LeserInnen präsentierte, unterschied an der Stelle, wo im Schulatlas «Jugoslawien» stand, zwischen «Serbien» und «Kroatien». Bosnien war eine Erfindung der deutsch-österreichischen Aussenpolitik zur Erreichung dieses Zieles, die EG folgte willig, die USA eher unwillig.

Das EG-US-UN-Embargo gegen Restjugoslawien stellte [illegible] nach der sich verheerend auswirkenden Anerkennungspolitik – die zweite Etappe in Richtung südslawischer Desintegration dar. Aufgrund der ökonomischen Ver[illegible] des jugoslawischen Marktes leiden dar[illegible] die international anerkannten Staaten Slowenien, Kroatien und Bosnien genauso wie [illegible] nicht anerkannte Makedonien und das [illegible] Serbien/Montenegro. Dass vom [illegible]bargo auch Jugoslawiens einstige Wirtschaftspartner im RGW und im Nahen Osten besonders schwer betroffen sind, mag ein willkommener Nebeneffekt der westlichen Politik sein. Je desolater die Ökonomien am Rande des europäischen Zentrums, desto willfähriger kann mit ihnen verfahren werden. Das Ausmass der damit ausgelösten Verelendung, die eine Wanderungsbewegung erzeugt hat, könnte dem westlichen Integrationsprojekt einen Strich durch die Rechnung machen. Falsch kalkuliert.

Derweil setzen Brüssel, Bonn und Wien mit Begeisterung, Washington, London und Paris eher lustlos auf die militärische Karte. Als dritte Etappe im Stufenplan der Desintegration des Balkanraumes steht eine Eskalation des Krieges bevor. Auch dies nicht zum ersten Mal in unserem Jahrhundert. Serbien gibt dabei bloss propagandistisch die Zielscheibe ab. Nicht, weil bosnische Städte von serbischen Soldaten eingekesselt sind, sondern weil ein Grossserbien der Expansionslogik Westeuropas – die nun einmal keine militärisch handlungsfähigen oder ökonomisch integrierten Räume jenseits der Festung dulden will – im Wege steht. Mit einem WEU- oder NATO-Einsatz wären letztlich alle osteuropäischen Regionen gemeint, die sich mit kolonialem Schicksal nicht abfinden wollen.

Hannes Hofbauer

ÖKOLOGISCHER MARSHALL-PLAN UND WELTZIVILISATION - AL GORE'S ÖKOIMPERIALISTISCHE VISIONEN

Im Herbst 1992 erschien in der BRD das politisch-programmatisch abgefaßte Buch "Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshall-Plan für die Erde" von Al Gore, dem im Januar '93 amtseingeführten "demokratischen" Vizepräsidenten der USA.
Al Gore gilt seitdem in der herrschenden Presse als profilierter Umweltpolitiker. Auch in der Umweltbewegung der BRD werden mit seiner Wahl zum Vizepräsidenten der USA Hoffnungen auf eine umweltpolitische Wende in den USA, aber auch auf ein verstärktes außenpolitisches Engagement, verbunden.
Gerade weil das Buch Gore's in der Umweltbewegung positiv aufgenommen wird, gibt es allen Grund, sich mit der Programmatik Gore's auseinanderzusetzen und diese politisch zu bewerten.

So viel sei vorweg gesagt: Die politische Botschaft Gore's ist ein Aufklatsch bekannter sozialdemokratischer Reformvorstellungen. Ihr wesentlicher Kern ist innenpolitisch eine vorsichtige ökologische Modernisierung kapitalistischer Produktionsprozesse und außenpolitisch die zunächst "sanfte" Institutionalisierung einer globalen Umweltinnenpolitik unter Führung der USA.

Da mensch in Zukunft in umeltpolitischen Diskussionen öfter mit Hinweisen auf Al Gore konfrontiert sein wird, aber nicht jedeR die Zeit, Muße oder schlicht die Nerven dafür haben kann, sich durch dieses relativ umfangreiche ökoimperialistische Machwerk durchzuarbeiten, folgt jetzt eine grobe Zusammenfassung der wesentlichen politischen Inhalte des Buches.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert:
(1) Bestandsaufnahme der globalen ökologischen Situation,
(2) Ursachen-Diskussion,
(3) Darstellung des politischen Programms zur Lösung der "Öko-Krise".

Im 1.Teil des Buches stellt Gore die bedrohliche globale ökologische Situation dar, die sich - so Gore - zu einer menschheitsbedrohenden Katastrophe auszuweiten droht.
Themen sind: Bodenerosion, Erwärmung der Erdatmosphäre, Zerstörung der Ozonschicht, Trinkwasser-Verknappung, Rückgang der Artenvielfalt, Meeresverschmutzung, Ausbreitung der Wüsten, unkontrollierbar wachsende Müllberge und immer wieder dazwischengeschoben das Bevölkerungswachstum.
In diesem Teil des Buches werden keine neuen umweltpolitischen Fakten vorgebracht. Bemerkenswert ist lediglich, daß Gore diesen Teil des Buches mit "Gleichgewicht in Gefahr" überschreibt, so als wäre nicht Tatsache, daß sich schon jetzt globale ökologische Gleichgewichte verschieben.
Diese Wahrnehmung der globalökologischen Situation als "Krise", nicht aber als eine sich bereits vollziehende Katastrophe, ist auf der ideologischen Ebene eine wichtige Voraussetzung dafür, das in den Metropolen herrschende Produktionssystem zwar zu kritisieren, aber vor einer radikalen Transformation zu schützen.
Darüberhinaus wird die Aufmerksamkeit auf den Trikont gelenkt, denn erst wenn dieser ein ebensolches metropolitanes Produktionssystem aufbauen würde, käme es zur "wirklichen" Katastrophe - so die unterschwellige Behauptung. Zu dieser Art der "Problemdefinition" paßt Gore's Schreibstil: Mehr augenzwinkernd und anekdotenhaft werden da die Umweltsünden in den kapitalistischen Metropolen dargelegt - meist mit dem Hinweis versehen, die Umweltprobleme würden bereits angegangen und seien auch zum Teil schon behoben -, während die Umweltsituation im Trikont und in den Staaten unter ehemaliger "kommunistischer Herrschaft" immer wieder in den düstersten Farben ausgemalt wird, wobei darüberhinaus in diesen Staaten auch keinerlei Aussicht auf Besserung bestünde.

Schon das Gerede von der "ökologischen Krise", in der "wir" uns befänden, oder vom "Gleichgewicht in Gefahr" - wie bei Gore - muß aus linksökologischer Perspektive grundlegend zurückgewiesen werden, weil dies schlicht und ergreifend Metropolenperspektive dokumentiert und den heutigen Opfern der sich schon vollziehenden ökologischen Katastrophe gegenüber zutiefst menschenverachtend ist.
Im zweiten Teil des Buches versucht sich Gore an einer Ursachen-Bestimmung der globalen "ökologischen Krise". Gore trägt dabei politische, ökonomische, technologische, psychologische und geistige Aspekte zusammen.Der Großteil des 2.Teils des Buches ergeht er sich in beliebig substanzlosem Lamentieren über allerlei mögliche Ursachen, die alle möglicherweise ihren Teil dazu beitragen mögen, daß die Welt sich heute in der Öko-"Krise" befindet. Wie gehaltlos dieser Buchteil ist, mag mensch daran erkennen, daß Gore in dem Kapitel über technologische Ursachen der ökologischen "Krise" kein Wort über die Atomtechnologie oder die Gentechnologie verliert. Ein bemerkenswerter Black-out, daß den politischen Gehalt so mancher selbstkritischen Äußerung Gore's in diesem Buchteil in's rechte Licht rückt. Es geht eben um folgenloses Zivilisationsgejammer und nicht um die Benennung politischer und ökonomischer Verantwortlichkeiten.
Politisch sehr bemerkenswert sind allerdings Gore's Forderungen nach der Übernahme der Weltführungsrolle in der Bewältigung der ökologischen "Krise" durch die USA. Da wird Gore widerlich nationalistisch. Ein paar Kostproben :
Im Kapitel "Selbstverantwortung"(!) stellt Gore fest, daß "die Vereinigten Staaten (...) lange der natürliche Führer der weltweiten Gemeinschaft der Nationen gewesen"(S.171) seien, und fordert, daß die USA in Zukunft diese Rolle wieder einnehmen müssen. Denn: "Mehr und mehr Menschen in aller Welt sind zu dem Glauben gelangt, daß die Vereinigten Staaten bei all ihren Fehlern und Exzessen den Schlüssel zu wichtigen Wahrheiten über die Zukunft der menschlichen Zivilisation in den Händen halten."(S.172) Die USA müßten "ihre Verpflichtung (...) zur Übernahme der Führungsrolle in der Welt einlösen."(S.173) Denn: "Ohne die USA sind die Aussichten auf eine Einführung der massiven Veränderungen, die zur Rettung der Umwelt erforderlich sind, minimal."(S.175) Und schließlich würden die USA damit "ein weiteres Mal ihr Versprechen einlösen, die letzte und beste Hoffnung der Menschheit auf Erden zu sein."(S.175) Na, dann kann ja nichts mehr schief gehen.
Damit wirklich nichts mehr schief gehen kann, beruft sich Gore auch gleich noch auf Gott, dessen Existenz wieder in die Politik eingeführt werden müsse. Es sei nämlich die geistige Ursache der ökologischen "Krise", daß Gottes Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung keinen Eingang mehr in die praktische Politik gefunden habe.Gore sie Dank soll dies jetzt anders werden: Unausgesprochen plädiert er dafür, politische Herrschaft wieder zunehmend theologisch zu legitimieren.Gott also führt die USA und die USA führen die Welt aus dem Tal der ökologischen "Krise" !
Schließlich bleibt zum zweiten Buchteil zu erwähnen, daß bei all der von Gore geübten Kritik an der amerikanischen Lebensweise das ökonomische und politische System der USA die Grundlage für die Lösung der ökologischen "Krise" bleibt, denn die Fülle von Umweltzerstörung in den Metropolen spricht "in keiner Weise gegen die Grundsätze von Privateigentum, Kapitalismus und Demokratie."(S.274)
Eine Veränderung der grundlegenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der damit einhergehenden politischen Herrschaftsform wird nicht einmal andiskutiert, steht völlig außerhalb der Debatte.Kapitalismus und "Demokratie"sind vielmehr die unabdingbare Voraussetzung, für die Lösung der ökologischen "Krise". Ohne Kapitalismus und Demokratie ist der Untergang der Menschheit sichere Sache - so Gore.
Konsequent macht sich Gore sodann im 3.Buchteil - streng nach dem "amerikanischen Erfolgsrezept", daß der, der etwas wirklich erreichen will, dies auch erreichen wird - an die Formulierung seines "ökologischen globalen Marshall-Plans", in dem die "Rettung der Umwelt zum zentralen Organisationsprinzip unserer (Welt-) Zivilisation" gemacht wird.
Die "Staaten der freien Welt" haben vor 1945 den militärischen Kampf gegen den nach Weltherrschaft strebenden Faschismus und nach 1945 die "Niederlage des kommunistischen Systems zum zentralen Organisationsprinzip nicht nur der Regierungspolitik, sondern der ganzen Gesellschaft gemacht. Dabei seien unter Einsatz "militärischer, politischer und wirtschaftlicher Mittel" (...) "immer mehr Lenindenkmäler zum Einsturz" gebracht worden - "von Nicaragua über Angola bis Äthiopien (und) schließlich die Sowjetunion"(S.268/269). Jetzt sei es an der Zeit - so Gore - "jedes Mittel zu nutzen, um die Umweltzerstörung zu stoppen und das ökologische System zu erhalten und zu pflegen."(S.272/273) (Dem diente übrigens nach Gore schon die Zurechtweisung Saddam Husseins im Golfkrieg 1991 !)
Die Anwendung jedes Mittels ist gerechtfertigt, denn "wenn wir die Erhaltung der Erde nicht als unser neues Organisationsprinzip begreifen können, ist das nackte Überleben unserer Zivilisation in Frage gestellt."(S.296) Und da "die Krise, der wir gegenüberstehen (...) letztlich ein globales Problem" ist, kann es auch "nur global gelöst" werden (S.296) - unter Führung der USA, versteht sich, unter der Führung Gottes, versteht sich.
Gore kommt dann zu den Programmpunkten für seinen globalen Marshallplan. Strategische Ziele sind: (in dieser Reihenfolge!)

1. Stabilisierung der Weltbevölkerung;
2. schnelle Schaffung und Entwicklung ökologisch angepaßter Technologien, die schnell an alle Länder weitergegeben werden, insbesondere an die Länder der "Dritten Welt"; bezahlt werden soll mit der Einhaltung ökologischer Pflichten;
3. Monetarisierung der Umwelt; d.h. ökologische Folgen sollen in die Produktpreise aufgenommen werden (einfach ausgedrückt: alles wird teurer; politisch formuliert: die ökologische Frage wirft die soziale Frage neu auf !);
4. Internationale Abkommen mit eingebauten Sanktionsmechanismen;
5. globaler Bildungsplan zur Aufklärung der Weltbevölkerung. (Am amerikanischen Wesen soll die Welt genesen !!) (S.308/309)

All dies solle, so Gore, umgesetzt werden, ohne daß die nationale Souveränität einzelner Staaten verletzt werde (S.303).
Hört, hört - denkt mensch und fragt: warum das ? Gore antwortet: Die Vorstellung, die USA müßten nationale Rechte an eine übernationale Behörde abgeben, würde zuviel Widerspruch in den USA hervorrufen. (S.303) Aha - denkt mensch und erinnert sich wieder an den globalen Führungsanspruch, den die USA selber einzulösen beanspruchen - in Erfüllung des Auftrages Gottes.

Für eine ökologische Linke in den Metroploen ist es wichtig, solcherart ökologisch inspirierter, gar theologisch gerechtfertigter Welt-Kreuzzugs-programmatik, die zur Genüge auch in der BRD anzutreffen ist, entschlossen, kompromißlos und widerständig entgegenzutreten. Eine ökologische Linke in den Metropolen muß in einer dauerhaften Anstrengung immer wieder deutlich machen, daß die Verantwortung für die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse - genauso wie für die globalen sozialen Verelendungsprozesse - in den Metropolen zu finden ist, d.h. genau in den ökonomischen und politischen Herrschaftsstrukturen, die sich da als Retter in der Not darstellen wollen. Kapitalismus und Ökologie genauso wie Kapitalismus und soziale Gerechtigkeit - verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Ein Kampf gegen die globalen ökologischen Zerstörungsprozesse setzt den Kampf in den Metropolen gegen kapitalistische Herrschaftsstrukturen und deren Abschaffung voraus. Und was da als Weltrettungsplan daherkommt ist nichts andreres als eine neue Variante imperialistischen Weltbeherrschungsanspruchs.

Wuppertal, 3.Febr.'93

feministische Perlen vor antii... E...

Nachfolgender Text wurde am Wochenende auf einem bundesweiten Treffen zu den politischen Gefangenen von einer Gießener Frauen/Lesben-Gruppe als Referat gehalten.
Zu einer Diskussion darüber kam es nicht, da einige Männer die Kritik mit dem 'Argument' abwehrten, darüber könnten **und wollten** sie nicht reden, und auch einige Frauen den Text (zunächst? ausschließlich?) unter Frauen diskutieren wollen.
Die Verfasserinnen sind aber an einer öffentlichen Diskussion mit gemischten und Frauen/Lesben-Zusammenhängen interessiert.

Ein Mann, der bei dem Treffen war

EINE FEMINISTISCHE KRITIK

im januar 1992 tritt die sogenannte "kgt-initiative" (kgt = koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung) an die öffentlichkeit, im april verkündet die rote armee fraktion (raf) die einstellung militärischer aktionen, am 15. mai wird günther sonnenberg nach 15 jahren haft entlassen, im august bekräftigt und begründet die raf die grundsätzliche aufgabe des bewaffneten kampfes, ende oktober erklärt ein teil der gefangenen ihrerseits die prinzipielle abkehr vom bewaffneten kampf, und daß sie persönlich diesen im falle ihrer freilassung nicht wieder aufnehmen werden. mitte november ist entschieden worden, daß bernd rössner, der zuvor im knast in kassel eingesperrt war, seine haft für 18 monate in einer therapeutischen einrichtung unterbrechen darf.

zu fragen bleibt: was geht hier eigentlich vor und wie geht es nun weiter?
und davor noch die frage: warum beschäftigt sich feministinnen überhaupt damit?
zunächst zur zweiten frage:

die ereignisse des letzten jahres im zusammenhang mit der raf, dem bis dahin existierenden bewaffneten kampf in der brd und den politischen gefangenen in bundesdeutschen gefängnissen sind ein ausdruck der gesamten politischen entwicklung. gleichzeitig bestimmen diese vorgänge die heutigen und zukünftigen politischen und gesellschaftlichen realitäten mit, innerhalb derer wir frauen/lesben leben und uns bewegen.
darüberhinaus ist es notwendig, sich sozusagen "ins innere" dieser auseinandersetzungen zu begeben und zwar aus verschiedenen gründen:
1.
- die antiimperialistische bewegung und die raf haben lange zeit auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital gekämpft. gemeint sind hier all diejenigen bewegungen, gruppen, organisationen, die mit grundsätzlich antiimperialistischem anspruch gegen staat, kapital und imperialismus vorgehen.

nicht zufällig kämpften viele frauen/lesben in der antiimperialistischen bewegung. nicht zufällig sind viele von ihnen aus der bewegung ausgetreten, um sich dem feminismus zuzuwenden. frauen wurde und wird vor allem in der ablehnung, dem sogenannte "bruch mit den herrschenden verhältnissen" in der antiimperialistischen bewegung eine vermeintliche antwort auf das eigene leben und erleben im patriarchat suggeriert. die antiimperialistische bewegung richtet sich aber weder subjektiv - d.h. ihrer praktischen arbeit und ihrem anspruch nach - noch objektiv gegen die tatsächlichen grundlagen des imperialistischen patriarchats, gegen die ökonomische, sexuelle, emotionale und psychische ausbeutung nicht des menschen durch den menschen, sondern der frau durch den mann.
die praktische auswirkung dieser "begrenzung" erleben frauen innerhalb der gemischtgeschlechtlichen linken immer wieder als brachiale kluft.
letztlich besteht aufgrund einer gänzlich verschiedenen klassenanalyse samt deren auswirkungen auf alle bereiche des lebens und vor allem den daraus folgenden unterschiedlichen perspektiven und zielen des kampfes ein unüberwindbarer interessensgegensatz zwischen dem feminismus und der antiimperialistischen bewegung.
trotz dieses antagonismus besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die "herrschenden verhältnisse" vorgehen. solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen.
der feminismus aber mit dem umfassendsten anspruch: die befreiung der frauen weltweit, muß in theorie und praxis antworten auf die weitreichendsten politischen fragen finden.
der feminismus muß die allgemeinste und somit die konkreteste perspektive zur befreiung

aller frauen und somit auch aller männer weltweit beinhalten. hier beginnt die feministische kritik : jeder patriarchal geführte kampf und somit auch der der antiimperialistischen bewegung der brd kann nur um teilziele kämpfen - staat/kapital/imperialismus stellen nur segmente im patriarchat dar. wichtige zwar: werden jedoch sie allein bekämpft, bleibt das patriarchat bestehen und organisiert sich neu gegen die frauen.
es versteht sich von selbst, daß die feministische auseinandersetzung eine andere geschichtsforschung, andere organisationsformen und strategien hervorbringen muss.

2.
- die weiße frauen-bewegung in ihrer gesamtheit hat viel geforscht und analysiert über die grundbedingungen vor allem von weißem frauenleben in geschichte und gegenwart. obwohl diese forschung in ihren anfängen steckt, hat sie doch eine fülle von erkenntnissen über die verschiedensten formen der ausbeutung, unterdrückung und vernichtung von frauen auf ökonomischer, politischer, sexueller, emotionaler, kultureller, spiritueller, psychischer und physischer ebene hervorgebracht.
auf der anderen seite gibt es von hier aus viel weniger anstrengungen, die bedingungen des lebens von frauen anderer hautfarben, kulturen, aus anderen teilen der welt grundsätzlich begreifen zu lernen. die folge davon ist, daß es hier kaum eine detaillierte forschung und ein wissen um den zusammenhang der ausbeutungsverhältnisse von frauen weltweit gibt. und es gibt wenig bis keine schlußfolgerungen aus all dem, wie und mit welchen mitteln eine grundlegende aufhebung patriarchaler herrschaft möglich sein wird - die internationale feministische revolution.
die erkenntnisse aus der feministischen und frauenforschung werden nicht in eine klassenanalyse umgesetzt, woraus sich der grundcharakter der auseinandersetzung ergibt - ein antagonistisches verhältnis von internationalem feminismus und imperialistischen patriarchat.
es gäbe bände zu schreiben über die vorgänge des letzten jahres samt der jeweiligen erklärungen der verschiedenen seiten und beteiligten, und anhand derer wäre eine schier unermeßliche fülle von falschen grundlagen, grober fehleinschätzung, eigennütziger geschichtsverdrehung, reformistischer anbiederei und einfach patriarchaler, systemtragender positionen aufzudecken.
ich beschränke mich und werde im folgenden anhand einiger grundlegender diskussionspunkte zur bedeutung und zu den auswirkungen der entscheidung der raf und der aktuellen entwicklung des kampfes der politischen gefangenen aus feministischer sicht stellung beziehen.

aschenputtel und andere märchen
oder: was ist die "freilassungsdebatte"?

mit der sogenannten "freilassungsdebatte" ist seit anfang des jahres 1992 zu erleben, daß das system seinen sieg über das kapitel bewaffneter kampf in der brd feiert. die politischen gefangenen sind ein "politisches erbe" aus der zeit davor, das nun aufgeteilt wird: die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen.
seit nunmehr rund einem jahr ist die öffentliche austragung eines zug-um-zug-"spiels" zu beobachten. der startpfiff fiel mit dem vorschlag der koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung zur haftentlassung von 7 gefangenen. die kgt besteht aus mitgliedern der bundesanwaltschaft, des verfassungsschutzes, des bundeskriminalamtes, des bundesinnenministeriums, des bundesjustizministeriums. schon bei der aufzählung dieser mitgliedschaften wird deutlich, daß die kgt nichts anderes ist, als die effektivierte, weil direkte verschmelzung von sogenannter offizieller regierungsebene, polizei und geheimdiensten. diese ehrenwerte gesellschaft bringt also in die diskussion, bestimmte gefangene freizulassen. teile der gefangenen schwenken darauf ein. die alte mär von gegeneinander ausspielbaren verhandlern und betonköpfen im system wird aufgewärmt. so sollen mehr linke draußen auf diese linie verpflichtet werden. der damalige bundesjustizminister kinkel und damit der offiziell-öffentliche staat steigt in die debatte ein. die raf gibt ihre gewaltverzichtserklärung ab, das alles im dienste der "neuen politik". die raf erklärt den staat zum verhandlungspartner und erkennt das gewaltmonopol des staates an... die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene "der gewalt abschwören". zum ersten mal haben damit gefangene aus dem "gefangenenkollektiv" offen nur für sich selbst gehandelt. parallel läuft die politische isolierung der "unverbesserlichen", deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als "selbstgewollt" legitimiert und verschärft werden können.

die "neuen politikerinnen und politiker" erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politische orientierung für überholt. sie erklären das ziel der freilassung der politischen gefangenen als einfacher, realistischer, als das ziel, bessere bedingungen im knast durchzusetzen. in den anfängen begründete die raf ihren kampf noch mit dem wissen, daß "folter kein revolutionärer kampfbegriff ist"; bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum "moralischen reflex" und richte sich schlußendlich gegen die politischen gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden. wer im knast nicht auf die "neue politik" einschwenkt, darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?
für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. sie wird an dem ziel der befreiung aller politischen gefangenen festhalten.
in einer situation der schwäche der linken - wie z.b. heute - führt der weg raus nur über die aufgabe der politischen identität. für die individuelle suche nach wegen raus aus dem knast gibt es immer verständliche gründe, sie sollten aber auch als solche kenntlich gemacht werden.
der charakter der diskussion der letzten monate in bezug auf den knastkampf wird verschleiert mit den pseudonymen "realistisch", "durchsetzbar". mit diesen begriffen gibt der staat die ebene der auseinandersetzung vor. der widerstand draußen soll auf diese ebene verpflichtet werden. (s. dazu die erklärung der raf zum anti-weltwirtschaftsgipfel-treffen in münchen: "...wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbauprozeß ist, die freiheit unserer gefangenen genossInnen zu erkämpfen. .. es muß die sache von allen sein, die ein ende der folter , die die freiheit der politischen gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen... raf, 29.6.1992)
eine dem kalkül des staates entgegenkommende politik.

die allgemeinpolitische diskussion kreist folgerichtig um "das neue", "die politische debatte", die zu führen ist, zu organisieren ist, zu "schützen" ist (gegen wen?) und darum, daß in zeiten allgemeiner ver-gewalt-ung aller lebensbereiche es keine revolutionäre gewalt geben könne, das ist die ebene der sogenannten "sozialpartnerschaft".

die letzten knapp 10 jahre betrachtend: die gefangenen forderten die zusammenlegung und wurden draußen unterstützt. die sogenannte "grußaktion an die politischen gefangenen" war 1984 der versuch, die situation im knast und die forderungen der gefangenen in weitere kreise hineinzutragen, öffentlichkeit gegen die kriminalisierung der zusammenlegungsforderung zu schaffen, mit mehr leuten über die bedeutung der politik, für die die gefangenen einsaßen, zu dikutieren.
gerade noch vorher brachten damals sogenannte "links-intellektuelle kreise" die "amne-

stiekampagne" ins rollen, deren begründung davon ausging: "jeder kampf, der gerechte, wie der ungerechte, ist einmal entschieden. wenn sieger und verlierer feststehen, hört der kampf auf ... daß die raf und die gesamte linke in der brd verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares faktum." (wolfgang pohrt, konkret-reporter)
dies hatte 3 ziele:
1. taktisch die bewegung draußen zu entsolidarisieren
2. die gefangenen zur aufgabe ihrer politischen identität aufzurufen, bzw. die bedingungen eines möglichen deals in scheinbar linke vokabeln zu fassen. und schließlich
3. den bewaffneten kampf für beendet weil gescheitert zu erklären.
auch die zweite argumentationslinie, die heute wieder den braten schmackhaft machen soll, war damals schon formuliert und vom "komitee für grundrechte und demokratie" vertreten. nämlich die sogenannte "einsicht, daß das harte repressionskonzept in eine sackgasse mit demokratisch-rechtsstaatlich tötlichen folgen" geraten sei. heutzutage wird der sogenannten kinkelfraktion als "verhandler" im gegensatz zu den "betonköpfen" diese "einsicht" zugeschrieben, um die verhandler für die linken salonfähig zu machen.

die neue rhetorik des reformismus - oder - der späte anschluß ans positive denken im wassermannzeitalter

die politische führung der kpdsu hat mitte der 80er jahre eine politisch-ideologische stilrichtung mit bürgerlich-reaktionärem inhalt entwickelt. diese sollte fortan die innen- und außenpolitische praxis der sowjetunion begründen. das sogenannte neue denken der perestroika stellt lediglich den höhepunkt der revisionistischen entwicklung dar und setzt somit wahrscheinlich insgesamt den endpunkt des revisionismus selbst. die zur zeit dominierende fraktion behauptet eine grundsätzliche veränderung der internationalen lage durch den entwicklungsstand der kommunikationssyteme und der waffentechnologie, durch den drohenden ökologischen kollaps sowie die "soziale zeitbombe" der verelendung im trikont. ein fundamentales interesse am erhalt der zivilisation, der menschheit schlechthin verbinde nun die "weltgemeinschaft". jenseits politisch-ökonomischer systemunterschiede müsse sie nun gemeinsam nach lösungen suchen. voraussetzung dafür sei, selbst neue wege zu gehen und gewohnte betrachtungsweisen zu krieg und frieden abzubauen. aufgeklärte teile der westlichen kapitalistischen welt müßten und könnten sich angesichts der drohenden katastrophe zur friedensfähigkeit hinentwickeln. sogenannte "regionale konflikte", die den weltfrieden gefährden, sollten um den systemwiderspruch erleichtert "praktikablen lösungen" zugeführt werden.
das neue denken mit seiner grundprämisse der weltumspannenden interessensgleichheit der menschen als rein biologische kategorie ungeachtet ihrer klassenzugehörigkeit und damit ungeachtet sexistischer und rassistischer ausbeutung und unterdrückung ist weder neu noch emanzipativ. es gleicht immer mehr dem reformismus, den wir hier schon lange kennen.

die lediglich neue rhetorik des revisionistischen patriarchats akzeptiert und versöhnt sich mit dem kapitalistisch-imperialistischen patriarchat. sie untergräbt jede - auch patriarchale - traditionelle marxistisch-leninistische kapitalismus- und imperialismusanalyse, negiert jedes objektive klasseninteresse und setzt an die stelle der notwendigkeit des klassenkampfes "die suche der menschen nach neuen wegen zu politischen lösungen für akute, die gesamte menschheit betreffende probleme"!
nicht die neuerdings allseits festgestellte veränderte weltlage hat diese politische ideologie hervorgebracht. die gesamte entwicklung entsteht aus der dialektik der klassenkämpfe. umgekehrt hat das neue denken erst den politischen raum eröffnet und die legitimation verschafft für die politischen, ökonomischen und militärischen maßnahmen der sich im

umbruch befindenden real-sozialistischen staaten zur beteiligung am aufbau der "neuen weltordnung".
der bürokratische sozialismus löste sich zuerst ideologisch und im nachgang praktisch auf. die ergebnisse sind im zerfall der politisch-ökonomischen systeme und in der territorialen auflösung der staaten des ehemaligen ostblocks zu sehen. folge ist weiter die auflösung von wirtschafts- und handelsabkommen, die in einigen ländern der drei kontinente eine teilweise wirtschaftliche entwicklung außerhalb des diktats des kapitalistischen weltmarktes und der knebelpolitik von iwf und weltbank ermöglichten. die auswirkungen dieses zerfalls sind außerdem kriege und blutige sogenannte "nationalitätenkonflikte" in den ehemaligen ostblockstaaten, die einstellung militärischer und wirtschaftlicher "hilfe" (materieller abhängigkeit und somit ideologischer und praktischer kontrolle) für die länder in den drei kontinenten und ihrer befreiungsbewegungen. weiter die rapide ansteigende verarmung afrikas, des trikonts überhaupt, auch osteuropas, die ausweitung von flüchtlingsbewegungen, vor allem von frauen und kindern, das sprunghafte anwachsen faschistischer gewalt in den metropolen u.v.m. darin ist z.b. die "konkrete forderung nach schuldenstreichung" längst kein thema mehr. die gläubigerseite - kapitalistisch-imperialistische staaten und internationale banken - erlassen den ruinierten volkswirtschaften aus eigenen politisch-ökonomischen erwägungen und interessen die groteskgigantischen zins- und schuldenberge teilweise oder sogar ganz.
ergebnis der beendigung des kalten krieges ist die einsetzung der uno als eine die ganze welt beherrschende regierung unter der direkten kontrolle der stärksten kapitalfraktionen. direktes ergebnis ist die annektion der ddr durch die brd, die hungerblockade z.b. gegen cuba genauso wie der gemeinsame krieg der "zivilisierten weltgemeinschaft" gegen die arabische region.
direktes ergebnis ist aber auch die mithilfe der imperialistischen länder an der zerstörung jugoslawiens, das ihnen als ursprünglich antiimperialistisches projekt im wege stand. ergebnis ist die besetzung somalias durch us-soldaten, zur strategischen kontrolle afrikas. ergebnis ist die erneute bombadierung des iraks und die durchsetzung der entwaffnung des iraks.
die weltweite sozialistische bewegung, hier verstanden als die staaten des bürokratischen sozialismus, marxistisch-leninistische befreiungsbewegungen, parteien und organisationen weltweit, zog bei der ideologischen wende beinahe ausnahmslos mit - sei es aus eigeninteresse ihrer bürgerlich - patriarchalen führungen oder aus dem zwang der sich verschärfenden verhältnisse.

das imperialistische patriarchat baut die "neue weltordnung" von oben her auf. um darin erfolgreich zu sein, benötigt es und bedient es sich maßgeblich der mitwirkung von ehemals oppositionellen parteien, organisationen und bewegungen, die sich die grundzüge des neuen denkens zu eigen gemacht haben.

was hat das nun mit dem heutigen thema zu tun?
die raf und mit ihr ein teil der hiesigen antiimperialistischen bewegung reiht sich mit ihrer "suche nach neuen wegen" in genau diese entwicklung ein.
in den erklärungen der raf von april/august und in jener an die teilnehmerinnen und teilnehmer des anti-weltwirtschaftsgipfel-kongresses sind die grundzüge der oben skizzierten neuen rhetorik des reformismus samt seiner bürgerlich-idealistischen, kapitulationistischen und chauvinistischen inhalte wiederzufinden.
ausgangspunkt der raf in ihren erklärungen zur beendigung des bewaffneten kampfes ist eine "veränderte welt", in der es "tausend probleme" gibt, die "nach lösungen schreien", weil sie sonst die "ganze menschheit in die katastrophe führen". die jeweiligen befreiungsbewegungen und "völker" sind auf sich selbst zurückgeworfen. sie müssen aus "ihrer spe-



ziellen geschichte und ihren bedingungen" ohne die althergebrachten wahrheiten aus der zeit des kalten krieges "authentische ziele" und "lösungen" entwickeln. es ist eine welt, in der die menschen das recht auf die erfüllung "unmittelbar konkreter bedürfnisse gegen die herrschenden durchsetzen" müssen, in der alle althergebrachten wahrheiten, analysen und erkenntnisse überdacht und aufgegeben werden müssen, um raum für neues, lebendiges, lösendes, politisches zu öffnen.
politischen inhalt, umsetzung und auswirkungen der raf-schen neuen rhetorik des reformismus werde ich im folgenden exemplarisch verdeutlichen.

von der marxistisch-leninistischen klassenanlyse mit großen blinden flecken - zur fehlenden klassenanalyse und zum subjektivismus

auf die frage, wie es dazu gekommen ist, kann ich hier nicht so eingehen, wie es nötig wäre.
in der april- und augusterklärung der raf 1992, sowie in der darauffolgenden diskussion innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken (mit wenigen ausnahmen) hat dieses angeschlagene politische bewußtsein nun ein ausmaß erreicht, das eindeutig als reformistisch bezeichnet werden muß.
von dem in sich schon unvollständigen antagonismus "proletariat" - "bourgeoisie" ist nichts mehr übriggeblieben, die rede ist nur noch von "menschen". im kontext der "herrschenden verhältnisse" von "menschen" zu sprechen, negiert die gesamte ausbeutungs- und gewalthierarchie im imperialistischen patriarchat. es ist gewiss kein zufall, der entsprechende griechische begriff "homo" bedeutet übersetzt gleich, entsprechend mann.
die in der verwendung des begriffes "mensch" liegende negation von unterschiedlichen ausbeutungssituationen kann nicht alleine mit fehlendem politischen bewußtsein erklärt werden, ihr liegt ein subjektivismus zugrunde, der es schafft, sich selbst als nabelpunkt der welt zu begreifen. nur so wird es möglich, alles zu vergessen, was über (oder besser unter) das eigene sein hinausgeht, der "kampf" wird so zum eigenen heilungsprozess, zur legitimation der eigenen "befreiung".
frauen können sich niemals den luxus erlauben, die "eskalation zurückzunehmen", für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben ist. das fehlende ziel: die befreiung der frauen in bisher allen patriarchal-linken konzeptionen macht deutlich, daß der feminismus nicht ein einziges ausbeutungsverhältnis vergessen darf.
die reformistische, konterrevolutionäre entwicklung der raf und der antiimperialistischen bewegung ändert das kräfteverhältnis aber auch für andere fortschrittliche kräfte gegenüber dem imperialistischen patriarchat zum schlechten.

der subjektive bruch mit dem system - qualität und verherrlichung

schon oft wurde oberflächlich analysiert, daß die raf in ihren anfängen ein ideologisches konzept und daraus analytische kriterien gehabt, diese aber über die jahre aufgegeben hätte. eine solche betrachtung ist undifferenziert. als produkt der gesellschaftlichen widersprüche ihrer zeit prägten drei ideologische grundelemente die raf in der brd:
1. eine marxistisch-leninistische klassenanalyse und einschätzung der sozialen situation für die metropolen, die sich in etwa auf der ebene auch anderer kommunistischer gruppen der zeit bewegte;
2. eine theoretisch und praktisch internationalistische/antiimperialistische ausrichtung ihres kampfes; und
3. - aus der entwicklung der 60er jahre hervorgehend - nicht nur das theoretische wissen

von der bedeutung der "entfremdung" und der "totalität des systems" für den kampf in den metropolen, sondern die praktische antwort darauf als perspektive, "der subjektive bruch".

stimmt es, daß die kämpfenden damals für die klassenanalyse in den metropolen und für den internationalistischen kampf auf ideologische grundsätze und erfahrungen zurückgreifen konnten, so stimmt es auch, daß sie die ideologischen/politischen kriterien nicht auf den dritten bereich übertrugen. der "subjektive bruch" blieb subjektivistisch, machte das individuum zur zentralen instanz einer moralischen entscheidung:
subjekt ist jede und jeder selbst im kampf und sich selbst verantwortlich.

aber: jede politische/gesellschaftliche entwicklung entsteht aus der dialektik des aufstandes von unten gegen die herrschaft von oben. jede äußerung von widerstand ist ausdruck dieses kräfteverhältnisses innerhalb der gesamtgesellschaftlichen bedingungen. auch wir, mit dem was wir heute wissen und denken, sind ein ausdruck der gesellschaftlichen verhältnisse, in denen wir leben. in der geschichte der raf hat sich der "subjektive bruch" zu so etwas, wie einer zuflucht in der vorstellung, zur nische jenseits der gesellschaftlichen bedingungen entwickelt, und damit zu einer konterrevolutionären ideologie.
es gibt aber weder für einzelne noch für kollektive die möglichkeit, sich jenseits des gesellschaftlichen kräfteverhältnisses zu definieren und zu bewegen.
nichtsdestotrotz liegt gerade im aufgreifen der theorien über die entfremdung und die totalität der herrschaft in den metropolen, in der beantwortung dieser realität (dem durchbrechen des staatlichen gewaltmonopols) die gesellschaftliche bedeutung der raf.

für die feministische bewegung heute ist es wichtig, zu verstehen, daß die frauenbewegung damals und mehrheitlich auch heute noch organisierte militante politik vielfach praktisch ablehnt, ja bereits theoretisch für unangemessen, weil "unweiblich" erklärt.
zurück zur bedeutung des "subjektiven bruchs": als lesbischer feministin ist mir sehr bewußt, wieviel kraft freigesetzt wird, wenn frauen subjektiv "brechen" mit ihrer rolle und funktion in dieser gesellschaft. im patriarchat sind männer akteure, also subjekte und frauen opfer, also objekte. daraus aufzustehen und subjekt zu sein im kampf für die befreiung der frauen heißt für jede frau persönlich ganz viel. heißt, erfahrene verletzungen nicht länger zu leugnen und zu ignorieren; heißt, die eigene realität jenseits von patriarchaler verschleierung wahrzunehmen; heißt: die kraft der frauen, fast alles ertragen zu können, umzuwandeln in den mut, nicht länger alles ertragen zu wollen!

"der entschluß, die welt zu nähren,
ist der einzig sinnvolle entschluß. noch keine revolution
hat diese wahl getroffen. denn sie verlangt,
daß alle frauen frei sind...
solange wir einander nicht finden, sind wir allein."
(adrienne rich)

"es existieren heute eine vielzahl von möglichkeiten, diese gesellschaft zu verändern. es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. alles, was möglich ist, um dieses system zu verändern, muß getan werden. dies ist, so glaube ich, der tiefere sinn unseres lebens."
(mara cagol 1969, als kämpferin der brigate rosse von den carabinieri 1975 erschossen)

seit april 1992 erklärt die raf und teile der gefangenen, warum der deutsche staat nun aus der oben genannten einordnung auszunehmen ist. die raf und teile der gefangenen arbeiten

mit mehreren argumentationslinien. da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine "ressistence" gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen "neuen faschismus" abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und ressistence zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992)
sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische ressistencebewegung sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren.
die brd ist nichts anderes als die bruchlose restrukturierung und reorganisation der gleichen herrschafts- und ausbeutungsinteressen, die einige jahre vorher ihre gewinne mittels faschismus, völkermord und krieg sicherten. unter der schwarz-rot-goldenen fahne der demokratie benutzten und benutzen gerade die herrschenden die drohung vom "wiederhereinbrechen des faschismus" als katastrophenszenario zur legitimation der von oben bewachten ruhe und ordnung des bürgerlich kapitalistischen patriarchats. millionen gürtel sollen enger geschnallt werden, damit das deutsche kapital und sein staat mit dem so herausgepreßten geld das aggressive vorantreiben seiner imperialistischen großmachtpläne finanzieren kann (stichwort: annektion der ddr, zugriff auf die märkte in osteuropa, südost-asien usw. eg und großraumformierung, bundeswehr im "friedenseinsatz", schließung der grenzen gegen flüchtlinge usw. usf.). um sich gegen verschärfende gegensätze im innern abzusichern, werden alte und neue faschisten real und medienwirksam aufgebaut und benutzt als legitimation, um das bollwerk des deutschen staates funktionstüchtig auszubauen. in diesem sogenannten "klima der angst" rufen plötzlich nicht nur "bundesdeutsche normalbürgerinnen und normalbürger" nach einer weisen lenkenden ordnungskraft. da "akzeptieren" auch viele linke "das kleinere übel".

frauen sind aufgrund ihrer sozialisation auf frieden und harmonie eingeschworen. wir beobachten, daß auch viele linke frauen immer mehr vor der konfrontation mit den verhältnissen zurückweichen, protestieren, wachen, sich zurückziehen.
feministinnen wissen, daß die herrschende realität immer beängstigender wird. aber sie wissen auch, daß sich-ducken nicht vor schlägen schützt, daß die herrschenden die unsicherheiten benutzen wollen, um die einen gefügig zu machen und zu integrieren und die anderen zu isolieren und anzugreifen.

frauen haben ein großes selbstschutzinteresse, sowohl diesen kern faschistischer ideologie und gewaltausübung zu bekämpfen, als auch deren verkörperung in form konkreter faschisten/männer.

der deutsche staat benutzt die faschisten und die angst der menschen vor faschistischer gewalt, um seine macht zu festigen. und wer, wie die celler gefangenen, in dieser zeit feststellt, daß die brd sich gegen einen "neuen faschismus" als bürgerliche demokratie behauptet hat, die/der handelt mit bewußter absicht, macht propaganda für das system und gibt dem staat deckung gegen links.

die raf betont außerdem, daß wir in einer zeit leben, in der die gewalt so weit bis in jede zwischenmenschliche beziehung vorgedrungen sei, daß das mittel der gewalt damit stumpf und entwertet und somit aufzugeben sei - und alle müßten nun "ganz neu überlegen".
dem feminismus ist ein gewisses bewußtsein über das ausmaß der strukturellen und

individuellen gewalt während der letzten zwei- bis viertausend jahre von männern gegenüber frauen vor allem in "zwischenmenschlichen beziehungen" zu verdanken.
wer so argumentiert, entwaffnet den aufstand von unten: direkt und geschichtlich, psychologisch, emotional, politisch.
der feminismus beinhaltet allerdings keineswegs kommunistische konzepte wie z.b. das avantgarde-konzept einer bewaffneten stadtguerilla!

"gewalt" ist ein begriff, der in den letzten monaten verstärkt in der sogenannten öffentlichen diskussion auftaucht. dahinter steht ein bewußtes und - wie es scheint - leider auch erfolgreiches system: "gewalt" wird durch die dauernde berufung zur schlange, vor der die kaninchen erstarren. jede gesellschaftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte "demokratisch-rechtsstaatliche" ebene fixiert werden.

die "öffentliche gewaltdebatte" ist insofern ein strategischer counterzug des staates, denn - solange eine fixierung gelingt - ist dies die festschreibung der herrschenden gewaltverhältnisse. es ist notwendig, öffentlich zu unterscheiden zwischen faschistischer gewalt, gewaltmonopol des staates und rebellion von unten; es ist notwendig, position zu beziehen.

wenn die raf ihre aufforderung zum gewaltverzicht gefühlsbetont zu untermauern versucht mit dem jammer: "wir haben immer nur auf den feind gestarrt, uns nie um uns gekümmert", dann ist das nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen). ein privatisierendes päuschen, wie die raf es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte frauen, mehr sexuell ausgebeutete mädchen, mehr diskriminierung und entwürdigung, mehr ökonomische ausbeutung für jede einzelne und für unser geschlecht als sozial unterdrückte klasse, heißt das fortbestehen, die festigung der herrschaft.

"ich bin nicht frei, solange noch eine einzige frau unfrei ist auch wenn sie ganz andere fesseln trägt als ich. ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger mensch in ketten liegt. und solange seid auch ihr nicht frei."
(audre lorde)

in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligenz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine unterstellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell und kollektiv die berechtigung, mit jedem mittel gegen das system ihrer unterdrückung und gegen jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen!
die würde der frauen zu wahren, ist grund genug, sich zu wehren.
feminismus ist nicht nur selbstverteidigung mit dem rücken zur wand und dem grauen im herzen. feminismus ist nicht allein der gesellschaftliche rückzug in frauengemeinschaften, das empören gegen ungerechtigkeit, die wut im bauch, die theorie von unterdrückung und veränderung. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände oder materielle bedingungen. feminismus ist das bewußtsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von bedingungen, notwendigkeiten, möglichkeiten der veränderung. dieses bewußtsein ist nicht abstrakt, sondern ist die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!

hamburg, den 20. februar 1993

Barbara ist im Kampf gefallen

Barbara Kistler ist anfangs Februar im Kampf für die kommunistische Revolution in den Bergen von Türkei/Kurdistan im Gefecht gefallen.

Seit über 20 Jahren kämpfte Barbara in der kommunistischen Bewegung. "Ich lebe für den Sozialismus" erklärte sie schon als 18-jährige anfangs 1974 in einem langen Interview gegenüber der Zeitschrift "POP". Die entscheidende Rolle der revolutionären Gewalt für die Befreiung des Proletariates war ihr von Anfang an klar und ihre damalige engagierte Stellungnahme hat nichts an Richtigkeit und Aktualität eingebüsst. "Durch die Konfrontation mit der Polizei wurde ich schon früh mit der Frage der Gewalt konfrontiert. Ich glaube, dass man da zuerst einmal von der Gewalt zu sprechen hat, die die Gesellschaft anwendet, um aus Kindern sogenannte Bürger zu machen. Oder jene Gewalt, die gebraucht wird, um zu verhindern, dass Jugendliche und Arbeiter ihre Interessen verteidigen. Denkt nur an Chile. Dort versuchte die Arbeiterbewegung mit demokratischen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, in der sich nicht nur die Reichen sattfressen können. Die Kapitalisten und ihre Generäle, die ihre Privilegien bedroht sahen, schreckten vor nichts zurück. Die Arbeiter wurden in KZ's gesteckt, gefoltert und zu Tausenden umgebracht.
Einen Fehler haben die chilenischen Arbeiter allerdings gemacht: Anstatt sich abschlachten zu lassen, hätten sie sich auf den bewaffneten Kampf mit den Schergen der Kapitalisten vorbereiten müssen!" (Barbara im Januar 1974).

Bereits in diesem Interview sind die Schwerpunkte ihrer künftigen Praxis angelegt. Als Kommunistin war es für Barbara klar, dass der Hauptwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital liegt und sich die ausgebeutete Klasse nur selber befreien kann. Ausgehend vom Bruch mit reformistischen Gewerkschaftspositionen zu neuen, revolutionären Ansätzen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu kommen war ihr von daher immer von grösster Wichtigkeit. Sie engagierte sich zuerst in einer revolutionären Lehrlingsgruppe und später im Kampf gegen den grössten Verrat der schweizerischen Gewerkschaftsführung, den Arbeitsfrieden. Ueber diese Praxis kam sie auch mit revolutionären türkischen Arbeiterinnen und Arbeitern mehr und mehr in Kontakt.

Ihre aktive Solidarität mit den politischen Gefangenen in Westeuropa, insbesondere mit den Gefangenen aus der RAF, bildete einen weiteren Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Seit den ersten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF kämpfte sie für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Bis zu ihrer Entscheidung, den Kampf in der Türkei/Kurdistan weiterzuführen hat sie während langer Jahre Rolf Clemens Wagner im Knast besucht.

Kurz nach ihrer ersten Einreise in die Türkei wurde Barbara anfangs 1991 in Istanbul von einer Spezialeinheit der türkischen Polizei verhaftet und gefoltert. Die Bullen sind allerdings am revolutionären Bewusstsein von Barbara gescheitert: Sie hat kein Wort mit ihnen gesprochen. Nach 7 Monaten Knast im Gefangenenkollektiv von Bayranbasa wurde sie provisorisch entlassen.

Dieser Einschnitt änderte aber nichts an Barbaras Bestimmung, ihren Beitrag für die kommunistische Weltrevolution in der Türkei/Kurdistan zu leisten.

In unserem Kampf lebt sie weiter !



aus:
Infoblatt zum Prozeßgegen Stephan Waldberg

Erklärung der Gefangenenvertretung im Gefängnis Diyarbakir E-Typ

„. . . Es gibt zur Zeit mindestens 200 verletzte Gefangene; diejenigen mit Kopfverletzungen nicht mitgezählt, weil inzwischen nahezu fast jeder Kopfverletzungen und Augenschwellungen aufzuweisen hat. Sogar bei den Nationalitäten haben sie keine Ausnahme gemacht. Auch der deutsche Journalist Stephan Waldberg, der unter den Gefangenen ‚Berxwedan' (Widerstand) genannt wird, wurde dabei brutal zusammengeschlagen (‚korkunc dayak'). Von den 200 Verletzten sind ungefähr 50-60 schwerverletzt. Wir haben lediglich 30-35 von ihnen ins Krankenhaus liefern lassen können. Weil einige sehr schwer verletzt waren, konnten wir sie sogar mit Wolldecken nicht tragen. Obwohl wir danach fragten, wurden uns keine Bahren zur Verfügung gestellt . . .".
(Übersetzung durch Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan e.V., Information per Fax vom 12.02.93)

Nach neuester Information von Stephans Rechtsanwalt, wurde Stephan bei dem Angriff verletzt, befindet sich jedoch nach ärztlicher Behandlung wieder in seiner Zelle. Nach diesem brutalen Angriff, der mit einer Durchsuchung der Zellen begründet wurde, haben die Gefangenen, die sich in einem befristeten Solidaritätshungerstreik befanden, beschlossen, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Inzwischen wurden weitere Repressalien gegen die Gefangenen verhängt, u.a. wurde verboten, daß BesucherInnen ihnen Verpflegung mitbringen können und es können nur noch alle 15 Tage Besuche stattfinden. Die gewählte Gefangenenvertretung – als Errungenschaft von langen Kämpfen im Gefängnis – wurde abgeschafft, die einzelnen Gefängnisabteilungen sind untereinander nunmehr isoliert. Das war bereits der zweite Überfall in kurzer Zeit in Diyarbakir, am 03.02. war bereits ein ähnlicher Angriff durchgeführt worden. Auch auf das Gefängnis in Mardin kam es Anfang Februar 93 zu einem derartigen Überfall.



Militärgefängnis von Diyarbakir

Nach Informationen des Menschenrechtsvereins (IHD) in Diyarbakir wurden beim Überfall türkischer Militärs auf die Gefangenen über 200 Personen verletzt. Wir dokumentieren einen Auszug aus der Liste:

1. Ahmet Algül
2. Nevzat Çelik
3. Sefik Akgül
4. Mecit Gümüş
5. Muhittin Sevinç
6. Ferman Doğru
7. Hasan Yilmazoğlu
8. Hatip Karaaslan
9. Ali Koç
10. Musa Göktaş
11. Metin Aktop
12. Stephan Waldberg
13. Abdullah Aydoğmuş
14. Ali Tumuçin
15. İsmail Sev
16. Nuri Kacmaz
17. Ersin Sönmez
18. Metin Güven
19. Cuma Kal
20. Abdullah Ek
21. Ekrem Gök
22. Mehmet Ateş
23. Abdullah Temel
24. Abidin Mala
25. Hüseyin Arifoğlu
26. Nafiz Tekeş
27. Riza Tan
28. Süleyman Gümüş
29. Mehmet Baysal
30. Şükrü Akamna
31. A. Kadir Can
32. Cuma Yakut (Rechtsanwalt)
33. Derviş Erol
34. M. Şirin Zoran
35. Fevzi Kizildemir
36. Hanif Kuzu

74. Mehmet Giresun
75. Salt Yakemir
76. Zeki Erdem
77. Remzi Erdem
78. Hanifi Eser
79. Nurael Eren
80. Feyat Opçin
81. Onur Gengata
82. Fehmi Çetiner
83. Müfti Eren
84. Tahir Aras
85. Nedim Altun
86. Melih Baki
87. Bahri Ghes
88. A. Baki Yaser
89. Vedat Yoldaş
90. Fesih Zümrüt
91. Fehmi Altintas
92. Ömer Inanç
93. Yilmaz Adsiz
94. Nedim Çolak
95. Bahattin Doğan
96. Fahrettin Şahin
97. Lokman Belet
98. Gari Özel
99. Vehbi Pervane
100. Mehmet Haran
101. Sedat Haran
102. Şerif Erdem
103. Ahmet Bayan
104. Adnan Aslan
105. Recep Cansevgili
106. Ramazan Çinar
107. Hamit Bosca

GEGEN DAS VERGESSEN (I)
27.FEBRUAR 1933 DER REICHSTAG BRENNT

Abschied von Deutschland

Ich hatte am 27. Februar 1933 gerade einen freien Abend, was selten genug vorkam, und da ich mich frühzeitig zur Ruhe begeben hatte, so hatte ich keine Ahnung, was in der Nacht vorgegangen war. Als ich am nächsten Morgen beim Frühstück die Zeitung zur Hand nahm, starrten mir in großgedruckten Lettern die Worte entgegen: »Der Reichstag in Brand gesteckt! Massenverhaftungen in Berlin und anderen Landesteilen!« . Die Berichte in den Morgenzeitungen waren noch sehr spärlich. Das Feuer war in der Nacht ausgebrochen, so daß über die näheren Einzelheiten nur wenig bekannt sein konnte. Trotzdem wußte man sogleich zu vermelden, daß die Polizei bereits einen jungen holländischen Kommunisten in dem brennenden Gebäude festgenommen hatte und alle Zeichen darauf hindeuteten, daß die Tat einer weitverzweigten kommunistischen Verschwörung entsprungen sei.

Da unter den damaligen Umständen an einen entschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft nicht mehr zu denken war, mußte ich nun auf meine eigene Sicherheit bedacht sein, da eine Verhaftung jeden Augenblick erfolgen konnte. [...] Glücklicherweise waren Milly und ich noch im Besitz eines gemeinschaftlichen Auslandspasses, der noch für zwei Jahre gültig war, so daß wir wenigstens keine Schwierigkeiten beim Überschreiten der Grenze zu befürchten hatten. Während Milly das Haus verließ, packte ich hastig das Manuskript meines Buches *Nationalismus und Kultur* zusammen, das ich einige Tage vorher beendet hatte. [...] Doch Milly kam bereits nach einigen Minuten zurück. Kaum auf der Straße, traf sie einen befreundeten Straßenhändler, der ihr zuraunte, daß Erich Mühsam vor einigen Stunden verhaftet und von vier Geheimpolizisten nach einem unbekannten Orte abgeführt worden sei. Mühsam wohnte in nächster Nähe von uns. Ich hatte ihn vor einigen Tagen das letzte Mal gesehen und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Es war eine furchtbare Zeit, in der kein bekannter Revolutionär mehr seines Lebens sicher war. Jede Nacht wurden in Berlin Menschen von braunen Mördertrupps in den Straßen ermordet

Rudolf Rocker, Memoiren

Abschiede von Erich Mühsam

Lange bevor die Nationalsozialisten zur Macht kamen, haben sie die bekannten Propagandisten der revolutionären Arbeiterbewegung öffentlich mit dem Tode bedroht. Die nationalsozialistische Presse, voran der »Völkische Beobachter« in München und der »Angriff« in Berlin stellten Mühsam als anarchistischen Hetzer, Juden und Verderber Deutschlands hin. Diese Zeitungen veröffentlichten sein Bild und hetzten die SA auf ihn. Die Göbbelschen Soldschreiber bedauerten, daß Mühsam noch am Leben war. Nach ihrer öffentlich ausgesprochenen Meinung gehörte er längst dorthin, wo Landauer, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die anderen Führer der Revolution waren: in den Tod. In der angekündigten »Nacht der langen Messer« sollte er eines der Opfer sein.

„Erich Mühsam und ich waren in meiner Wohnung und da hörten wir gerade im Radio, daß der Reichstag brennt. Ich sagte ihm: 'Erich, bleib lieber hier bei mir.' Mühsam war ja einer der gehaßtesten von allen. Hauptsächlich in der Nazizeit wurde er immer beschimpft. Wir wußten, daß er einer der ersten sein würde, der verhaftet würde. Unter meiner Wohnung in Wilmersdorf in der Augustastr. 62 wohnte ein Schutzmann, der der SPD nahe stand und der wußte wer ich war und versprach mir, mich zu warnen, wenn Gefahr drohe. Die Nazi gingen nämlich damals noch, bevor sie jemanden verhafteten, zuerst abends zum zuständigen Polizeirevier, um sich von dort einen Schutzmann mitzunehmen. Dadurch wußte ich, daß an diesem Abend bei mir alles in Ordnung war. Erich wollte nicht. 'Nein, morgen fahre ich nach Prag und da muß ich noch meine Sachen packen', sagte er und ging nach Hause. Er wollte um sechs oder sieben Uhr aus Deutschland fliehen. Um fünf Uhr kamen sie ihn holen und so wurde er verhaftet. Wäre er bei mir geblieben, wäre er nicht verhaftet worden. Im Gegenteil, sie wären zu ihm gekommen und hätten ihn nicht gefunden."

Augustin Souchy

Aktive Abwehr

Die einzige Kraft, die imstande wäre, Hitlers Machtergreifung zu verhindern, ist der verbundene Wille der vom Nationalismus nicht verwirrten deutschen Arbeiterschaft.

Die Frage, was denn eigentlich geschehen soll, wenn der Tanz des Dritten Reiches losgeht, wenn die Auflösung aller Arbeiterkoalitionen von irgend einem Hitler, Frick oder anderm Best verhängt wird, wenn die standrechtlichen Erschießungen, die Pogrome, Plünderungen, Massenverhaftungen das Recht in Deutschland darstellen, wird nirgends erörtert es sei denn in den Klüngelverhandlungen unbeaufsichtigter Funktionäre. Die Arbeiter trösten sich damit, daß sie schon zur rechten Zeit zum Handeln aufgerufen werden.

Sie werden nicht. Schlagen die Fascisten zu, dann ist das erste, daß nach längst fertigen Listen alle organisatorisch und rednerisch tätigen Kräfte, alle der Führerschaft verdächtigen Personen verhaftet oder noch wirksamer beiseite geschafft werden. Dann steht das Proletariat da, angewiesen auf eigne Entschlüsse, aber vollends verhindert, sich noch zur Abwehr zu verständigen.

An dem Tage, an dem die Hakenkreuzfahne über den öffentlichen Gebäuden erscheint, läßt sich nicht das geringste mehr organisieren oder anordnen.

Erich Mühsam, 1931 in der"Weltbühne"

Frauenprotest (II) in der Rosenstraße 27. Februar 1943

Am 27. Februar 1943 starteten die Nazis eine als "Fabrikaktion" bekannt gewordene Razzia, in deren Verlauf über 10 000 Berliner Juden an ihren Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie gefangengenommen wurden. 8000 von ihnen wurden später deportiert. Die in Ehe mit einem nichtjüdischen Partner Lebenden unter ihnen (im Nazijargon: die "arisch Versippten") wurden in ein Haus der Jüdischen Gemeinde, Rosenstraße 2-4 in Berlin Mitte transportiert. Die Gestapo hatte es für diesen Zweck zu einem Sammellager gemacht. Nachdem sich die Nachricht herumgesprochen hatten, demonstrierten eine Woche lang täglich einige hundert Ehefrauen und Mütter vor dem Gebäude und erreichten schließlich die Freilassung ihrer Männer. Dies war die einzige öffentliche Protestaktion gegen die Deportationen, die jemals im nationalsozialistischen Deutschland stattfand.

Ruth Andreas-Friedrich:
Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938-1945,
Berlin, 1947

Berlin. Freitag, 19. Februar 1943

Goebbels hält im Sportpalast eine »Kundgebung des fanatischen Willens« ab. »Für die Rettung Deutschlands und der Zivilisation!« »Nur der stärkste Einsatz, der totalste Krieg«, beschwört er seine Hörer, »kann und wird die Gefahr bannen.« Total – totaler – am totalsten. Ich wußte nicht, daß sich selbst Endgültigkeiten noch steigern lassen.

Berlin. Sonntag, 28. Februar 1943

Seit heute morgen um sechs Uhr fahren Lastautos durch Berlin. Eskortiert von bewaffneten SS-Männern. Halten vor Fabriktoren, halten vor Privathäusern. Laden Menschenfracht ein. Männer, Kinder, Frauen. Unter den grauen Planverdekken drängen sich verstörte Gesichter. Elendsgestalten, wie Schlachtvieh zusammengepfercht und durcheinandergewürfelt. Immer neue kommen hinzu, werden mit Kolbenhieben in die überfüllten Wagen gestoßen. In sechs Wochen soll Deutschland »judenrein« sein. Wir laufen herum. Wir telephonieren. Peter Tarnowsky – weg. Der Verleger Lichtenstein – weg. Unsere jüdische Schneiderin – weg. Unser nichtarischer Hausarzt – weg. Weg – weg – weg! Alle! Ohne Ausnahme. Gestern noch sprach ich mit Tarnowsky. »Ich halte mich an den kategorischen Imperativ«, sagte er. »Gegen Grundgesetze der Sittlichkeit wird man nicht vorgehen.« Man ist gegen sie vorgegangen. Man hat sie ganz einfach mit Füßen getreten. Wie es scheint, hat die SS kein Organ für Immanuel Kant. Und fragt nicht danach, ob Peter Tarnowsky ein Ehrenmann ist. Ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle.
Sollen wir hingehen und die SS zur Rede stellen? Ihre Lastwagen stürmen und unsere Freunde herunterreißen? Die SS hat Waffen – wir haben keine. Es gibt uns auch niemand welche. Und wenn man sie uns gäbe, wir verständen nicht, mit ihnen umzugehen. Wir sind nun mal keine »Umbringer«. Wir haben Ehrfurcht vor dem Leben. Das ist unsere Stärke und – unsere Schwäche.

Berlin. Dienstag, 2. März 1943

Die Engländer haben die Untat gerächt. Mit einem Großangriff auf Berlin, wie er bisher nicht seinesgleichen sah. 160000 Menschen, sagt man, sind obdachlos geworden. Es brennt in der Stadt und in allen West- und Südvororten. Schwefelgelb raucht die Luft. Durch die Straßen stolpern gehetzte Menschen. Mit Bündeln, mit Koffern und Hausrat. Stolpern über Trümmer und Scherben. Fassen es nicht, daß man gerade ihnen – ausgerechnet ihnen – so übel mitgespielt hat. Von der Ursache zur Wirkung ist ein langer Weg. Die wenigsten wissen ihn zu gehen. Kaum einer versteht, daß die Folge von heute der Anlaß von gestern sein kann. Der Anlaß Coventry, der Anlaß Dünkirchen, der Anlaß Judengreuel, Städte ausradieren und Konzentrationslager. Der Besen, der Deutschland judenrein kehrt, will nicht mehr in die Ecke zurück. Und die Geister, die man rief, die wird man nun nicht los.

Berlin. Sonntag, 7. März 1943

Wenigstens einige sind wiedergekehrt. Die sogenannten »Privilegierten«. Die jüdischen Partner rassisch gemischter Ehen. Abgesondert von den übrigen, hat man sie vergangenen Sonntag in ein Sammellager geschafft. Zur Prüfung und endgültigen Beschließung. Noch am selben Tage machten sich die Frauen jener Männer auf, ihre verhafteten Ehegefährten zu suchen. Sechstausend nichtjüdische Frauen drängten sich in der Rosenstraße, vor den Pforten des Gebäudes, in dem man die »Arischversippten« gefangenhielt. Sechstausend Frauen riefen nach ihren Männern. Schrien nach ihren Männern. Heulten nach ihren Männern. Standen wie eine Mauer. Stunde um Stunde, Nacht und Tag.
In der Burgstraße liegt das Hauptquartier der SS. Nur wenige Minuten entfernt von der Rosenstraße. Man war in der Burgstraße sehr peinlich berührt über den Zwischenfall. Man hielt es nicht für opportun, mit Maschinengewehren zwischen sechstausend Frauen zu schießen. SS-Führerberatung. Debatte hin und her. In der Rosenstraße rebellieren die Frauen. Fordern drohend die Freilassung ihrer Männer. »Privilegierte sollen in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden«, entscheidet am Montagmittag das Hauptquartier der SS. Wen das Zufallsglück traf, einen nichtjüdischen Partner geheiratet zu haben, der darf sein Bündel schnüren und nach Hause gehen. Die anderen werden in Güterzüge verladen und abtransportiert. In unbekannter Richtung – mit unbekanntem Ziel. Leb wohl, Peter Tarnowsky, Freund von Kant, Hegel und Schopenhauer! Leb wohl, du Deutscher! Du Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle! Leb wohl! – – – Leb ewig wohl!

Zusammen mit der WIZO Berlin:

Der "Aufstand" in der Rosenstraße
Zwei Veranstaltungen zum Gedenken an den 50. Jahrestag

Sonntag, 28. Februar, Beginn: 11.00 Uhr
→Ort: Kino Arsenal, Welserstraße 25, 1000 Berlin 30

Vortrag von Gernot Jochheim, Autor des Buches *Protest in der Rosenstraße*, und Vorführung des Films *Rosenstraße - wo Frauen widerstanden, Berlin 1943* (arte/ZDF) von Daniela Schmidt.


Sonntag, 28. Februar, Beginn: 13.00 Uhr
→Ort: Vor dem ehemaligen Gebäude Rosenstraße 2-4, O-1040 Berlin

Ansprachen von Jerzy Kanal, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, und Lala Süsskind, der Präsidentin der WIZO in Deutschland; Aufstellung einer Litfaßsäule mit einer Dokumentation über den Protest in der Rosenstraße.

Galerie Olga Benario, Weserstr.5, 1000 Berlin 44

AUSSTELLUNG vom 24.01.-12.03.1993

GEGEN DAS VERGESSEN (III)



Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin

B e r i c h t

<u>Reliefs zur Novemberrevolution 1918/1919</u>

Bronzetafeln von Erwin Rommel an der Nordseite des Neuen Marstalls, in dem 1918/19 das Revolutionskomitee der Volksmarinedivision tagte.

Ein Jahr vor Öffnung der Mauer, am 8. November 1988, zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution angebracht, sollten die Darstellungen in realistisch-didaktischer Weise die "Dialektik von revolutionären Ideen und Volksbewegung" verkünden und die Ausrufung der "Freien Sozialistischen Republik" durch Karl Liebknecht darstellen. (Ersichtlich wird nicht, daß zuvor Philipp Scheidemann im Reichstag die deutsche Republik ausruft.)

In einer ans Banale grenzenden bildhauerischen Sprache werden die Darstellungen vordergründig plakativ im Inhalt und penetrant in den Details vorgetragen. Die künstlerische Bedeutung steht dem Anspruch diametral entgegen.

Die Kommission empfiehlt mit großer Mehrheit:

- **Die Tafeln sind nicht erhaltungswürdig.**
- **Stattdessen ist in würdiger Form an die November-Ereignisse zu erinnern, z.B. durch eine Gedenktafel.**

Berlin, den 15. Februar 1993

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Do 25.2. 19.30

"1939 - Geheimtreff Alexanderplatz". Alice und Gerhard Zadek lesen aus ihrem Buch: "Mit dem letzten Zug nach England - Opposition, Exil, Heimkehr", Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 1/44

Donnerstag, 25.2.93, 21 Uhr:
"Das lustige Zigeunerleben"

Dieser Film zeigt eine Gruppe deutscher Sinti bei einer ihrer Sommerreisen: Polizeieinsätze auf Parkplätzen, den Schulbezirk der Kinder, beim Hausieren. Eine Station ihrer Reise ist Auschwitz... (BRD 1985, 60 Min.)

Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

Fr 26.2.

19.00
Ex, Gneisenaustr. 2a

RHEUMAS TÖCHTER
spielen
1949
SZENEN AUS EINEM BERLINER TANZCAFE

1949 treffen in Mary Knorkmanns neu eröffnetem Tanzcafé acht Frauen aufeinander. Gerda Mischalke hofft auf einen Telefonanruf von ihrem Mann, der noch in Kriegsgefangenschaft ist, Clara möchte beim Tanzen in den Armen eines flotten amerikanischen Soldaten ihre Schüchternheit überwinden und Elisabeth sucht verzweifelt nach einem Ausweg aus dem „schwarzen Loch zwischen Vergangenheit und Zukunft". Alle wollen glücklich sein, aber weder läßt sich das Erlebte so leicht abschütteln noch sind die gegenwärtigen Probleme leicht zu vergessen.

„1949 - SZENEN AUS EINEM BERLINER TANZCAFÉ" wurde von dem Schweizer Autor Markus Kägi in Zusammenarbeit mit **RHEUMAS TÖCHTER**, einer neuen Formation von „Theater der Erfahrungen", entwickelt und hatte am 17.11.90 in Berlin Premiere.
Markus Kägi starb am 4. November 1990 im Alter von 35 Jahren an der Immunschwäche AIDS.

SO - Tage
mehr als eine Ausstellung
vom 25.4.93 - 13.5.93
im SO 36 am Heinrichplatz

Schon mal vormerken: Am Freitag, den 12.3. wird das Programm der SO-Tage von allen Interessierten zusammengestellt. Wer sich an den Tagen beteiligen will, soll sich bei Umbruch melden, (Tel. 612 30 37) oder direkt zum Treffen kommen Fr, 12.3. um 20 Uhr in der KVU (Kirche von Unten) Kremmener Str. 9-11, U-Bhf. Bernauer Straße

19.30
Frauen/Lesben Party, El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61

Fr 26.2.

Solidaritätsfest
für's Olyaanaa-Oromo-Café
Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte
Es spielt Buba Jameh und es gibt Essen
aus dem Oromoland.
am 26. Februar, ab 19 Uhr
Prinzenallee 81, 1000 Berlin 65, U-Bhf. Pankstraße

Übrigens, die Räume des Cafés stehen Schulen, Kitas, Familien, Senioren u.a. für Seminare oder Ähnliches zur Verfügung.
Es gibt auch die Gelegenheit, afrikanische Kultur und Lebensart kennenzulernen.

19.30
Informationsveranstaltung mit Diavortrag zum Thema: Krieg in Kurdistan / Tourismusboykott
in der Humboldt-Universität, Unter den Linden, Hauptgebäude, im Erdegeschoß Raum 1072 und

20.00
Weihnachtsparty/Volxküche ..., Fußball-Fanladen Anstoß, Brunnenstr. 7, Berlin-Mitte

Sa 27.2.

17.00
Skat-Turnier im Fußball-Fanladen Anstoß, Brunnenstr. 7, Berlin-Mitte

19.00 Video "Mir zaynen do", Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok. Anschließend Diskussion mit WiderstandskämpferInnen der Widerstandsgruppe Baum und der Roten Kapelle über politische Handlungsnotwendigkeiten heute. Wie kann antifaschistischer Widerstand heute aussehen? El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61

20.00
Kurdistan-Abend im Clash, Uferstr. 13, 1/65.

22.00
Fete in Babylonia: "Mein Freund ist Deutscher" - mit romantischer Lichterkette - Friedhofskerzen mitbringen! Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23 1/36, 2. Hof, Aufgang A.

So 28.2.

17.00
Video "[illegible] letzten fünf Tage der Geschwister Scholl", El Locco, Kreuzbergstr. 43. 1/61.

Sonntag, 28.2 [illegible] 21 Uhr:
"The Element [illegible] Crime"

Ein Kriminalbeamter gerät bei seinen Ermittlungen in einer Mordserie immer mehr in den Sog des Verbrechens, bis er sich schließlich mit dem Täter identifiziert. Surrealer Film, der jenseits der Kriminalhandlung immer wieder die Frage nach der Befindlichkeit unserer Gesellschaft durchscheinen läßt... (Dänemark '84, 104 Min., Original mit dt. Untertiteln)

Info[illegible]en [illegible]eben, Rigaer Str. 84.

Di 2.3.

19.00
im Rahmen er Veranstaltungsreihe der Antifaschistischen Initiative Moabit: "D Faschismus kommt nicht über Nacht":

SCHERING-AUSSCHWITZ-PILLENIMPERIUM - MOABIT

Menschenversuche - Massensterilisationen
In den 20er Jahren Hormonforschung Versuche an Frauen - Bevölkerungskontrolle der Nazis in Osteuropa. Versuche in Ausschwitz

ca. 30 min. Ton-Dia-Serie oder Video.

GEN-Technische Bevölkerungskontrolle
"Anti-Babypille Dreimonatsspritze - sog. Dritte Welt

Weizsäcker
Schloß Bellevue - Nazi-Offizier Bankier - Geschäftsführer des mittleren Chemiekonzerns Boehringer Dioxin - Agent Orange in Vietnam - Kirchenpräsident.

Gemeindesaal der Heilandskirche, Ottostr. 16, 1 21.

21.00 u 23.00
Video "[illegible] Kuß der [illegible]nnenfrau", Ort: Clash, Uferstr.13, 1/65.

20.00
Video "... de toda la vida. ...All our lives. " Mujeres [illegible]ibres, Spanien 1936-3[illegible] Dokumentarfilm über Frauen in der autonom anarchistischen Frauenorganisation. El Lo[illegible]o, Kreuzbergstr. 43, 1/61.

Dienstag. 2.3.93. 21 Uhr:
"Wer Gewalt sät - von Biedermännern und Brandstiftern"

Diese Reportage zeigt, daß Rostock kein Un[illegible] [illegible] [illegible]ern [illegible]ogische Folge und vorläufiger Höhepunkt der [illegible]stis[illegible] Politik in diesem Land. Absichtlich wurde ein [illegible]zenar[illegible] [illegible]er- beigeführt, das die offizielle "Das-Boot-ist-[illegible] [illegible] ng des untermauern sollte mit dem Ziel der Absch[illegible]ng des Asylrechts in seiner bisherigen Form. Die [illegible]ermänner überlassen den Brandstiftern das Feld. (BRD 1993 [illegible])

Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

Do 4.3.

Donnerstag, 4.3.93, 21 Uhr
"Mir zaynen do"

Ein Film von Ingrid Strobl [illegible] [illegible]en Ghettoaufst[illegible] und die jüdischen PartisanInnen in [illegible] [illegible]stpolnischen [illegible] Bialystok. Im August 1943 erhoben [illegible] die jüdis[illegible] Widerstands kämpferInnen [illegible] [illegible] gegen die endgültige Liquidierung des Ghettos durch die deutschen Be[illegible] Nur wenige überleben den Aufsta[illegible] [illegible]ter ihnen sechs junge Frauen, die fortan den W[illegible] in der [illegible] organisieren.. Drei dieser Kämpfer[illegible] [illegible]anien von [illegible] Widerstand gegen die deutsche Ver[illegible]gspolitik. [illegible] 1992, 90 Min., mit deutschen Unter[illegible]

Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84.

BUNDESWEITER KONGRESS ZUM THEMA
"TRIPLE OPPRESSION"
VOM 26.-28. MÄRZ 1993 IN HALLE

"Triple oppression" meint die Mechanismen patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung und deren wechselseitige Beziehungen. Der "triple oppression" - Ansatz soll kritisch betrachtet, im bezug auf das Verhältnis zur Natur erweitert und hinsichtlich seiner Tragfähigkeit für die politische Praxis erörtert werden. Die Arbeit wird in Plena und Arbeitsgruppen erfolgen, wobei gezielt ReferentInnen eingeladen sind, die praktische ebenso wie theoretische Aspekte von "triple oppression" zur Diskussion stellen werden.

Der Kongreß beginnt am 26.3., um 19 Uhr, und endet am 28.3., gegen 14 Uhr. Anlaufstelle in Halle wird an allen drei Tagen das Büro der Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstraße 11, O-4020 Halle (Tel. 25537) sein. An InteressentInnen, die sich bis zum 15.3. schriftlich in Halle anmelden, werden Hinweise zum organisatorischen Ablauf sowie der Reader zur Konferenz zugeschickt. Unterbringung, Verpflegung und Kinderbetreuung werden gewährleistet, wobei eine vorherige Anmeldung auch den OrganisatorInnen die Vorbereitung erleichtert.

Der Kongreß ist als zweites bundesweites Treffen basisdemokratischer, antikapitalistischer, feministischer, antirassistischer, radikalökologischer und antistaatlicher Gruppen, Initiativen sowie Einzelpersonen und damit als Nachfolgeveranstaltung des Kongresses im März 1992 in Berlin gedacht. Informationen über den Kongreß sind erhältlich bei: VL Halle Große Klausstraße 11 O-4020 Halle Tel. 25537

Wo Recht zu Unrecht wird, da wird Widerstand zur Pflicht.

Ehrung der Ermordeten der Gruppe um Herbert Baum

Donnerstag, 4. März 1993
14.00 Uhr,
Jüdischer Friedhof Berlin Weißensee.

An diesem Tag werden die jüdischen Mitglieder der Widerstandsgruppe um den Jungkommunisten Herbert Baum geehrt, die vor genau fünfzig Jahren ermordet wurden.

Es sind dies:
- Hella Hirsch (22 Jahre)
- Marianne Joachim (21 Jahre)
- Hilde Loewy (20 Jahre)
- Hanni Meyer (22 Jahre)
- Heinz Birnbaum (23 Jahre)
- Helmut Neumann (21 Jahre)
- Heinz Rotholz (21 Jahre)
- Siegbert Rotholz (23 Jahre)
- Lothar Salinger (23 Jahre)

Zugleich soll auch an die weiteren neunzehn ermordeten Mitglieder der Gruppe und an alle anderen durch das NS-Regime ermordeten AntifaschistInnen gedacht werden.

Zeigt Eure Solidarität durch Teilnahme an der Gedenkveranstaltung

Gegen Faschismus und Antisemitismus!

VeranstalterInnen
Interessenverband der ehemaligen Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand Verfolgte des Naziregimes und Hinterbliebene e.V.
Bund der Antifaschisten Berlin e.V.
Jüdischer Kulturverein e.V
AStA der TU Berlin

Die überlebenden Mitglieder der Herbert Baum Gruppe wollen in der Gedenkstätte Plötzensee der Ermordung ihrer Freunde gedenken. Sie würden sich freuen, wenn zahlreiche AntifaschistInnen sie begleiten würden.

Donnerstag, 4. März 1993,
11.00 Uhr,
Gedenkstätte Plötzensee

AStA der TU Berlin

Do.4.3. 21.00 Uhr, X-B-Liebig
Liebigastr.34:Veranstaltung zum 8.März
Zur Geschichte und Entstehung dieses Tages
Bericht von der VV

Fr 5.3.

"Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen - deutsche Urlauber in der Türkei."
Informationsveranstaltung über die Wirtschafts- und Tourismuspolitik der Türkei im Dienste des Völkermordes in Kurdistan. Am 5.03 17 00 Uhr im Raum H 107 im TU-Hauptgebäude Straße des 17. Juni (Ernst-Reuter Platz)

Sa 6.3.

Kundgebung zur Eröffnung der Internationalen Tourismusbörse in Berlin
Tourismusboykott:
Keine Devisen für den Krieg in Kurdistan
Schluss mit der Folter und den Massakern
am 6.03. 10.00 Uhr am Messegelände vor dem Haupteingang der Internationalen Tourismusbörse

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage
Filme + Vorträge + Diskussionen
Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat
jeweils ab 17 Uhr

So 7.3.

7. März

Film: "Viele habe ich erkannt"
(BRD 1993)
Ein mosambikanischer Kontraktarbeiter berichtet über das Pogrom von Hoyerswerda und den alltäglichen Rassismus; Anschließend Diskussion mit den FilmemacherInnen

7 Mart

Film: "ONLARIN ÇOĞUNU TANIDIM" (1993)
KONTRATLI ÇALIŞAN BİR MOZAMBİKLİ İŞÇİNİN YAŞADIĞI GÜNLÜK RASIZM VE HOYERSWERDA PROĞROMU ÜZERİNE ANILARINI ANLATIYOR DAHA SONRA TARTIŞMA

(TOPLANTIDA TERCÜMAN OLMAYACAKTIR)

AntiFa-Cafe-Wedding in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2. Etage.

Mo 8.3.

INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG
17.00
Demo Rosentaler Platz.

20.00Uhr, X-B-Liebig, Liebigstr.34
Kneipe und HEXENKÜCHE
nur für Frauen

A.F.F.I. on tour
Hansa Rostock : FC St.Pauli
Samstag 13.März Kick off: 15.00 Uhr

Abfahrt: 9.30 Uhr Fanladen "ANSTOSS"
Fahrpreis:25,00 MAAK (bei Anmeldung zu Löhnen)
danach: Konzert im Jugendzentrum mit SLIME + SUPPORT
Rückfahrt:ca.23.00 Uhr
Anmeldung: bis Mittwoch 6.März (je früher desto besser)
jeweils mittwochs ab 17.00Uhr
freitags ab 21.00Uhr
samstags ab 18.00Uhr

YOU WILL NEVER WALK ALONE
Fan Laden "ANSTOSS"
Brunnenstr.7
O-1054 Bln

FC ST. PAULI 1910

